

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei und des Verbands deutscher Arbeitervereine.

No. 28.

Leipzig, den 10. Juli.

1869.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12¹/₂ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nimmt entgegen Herr G. Richter, Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein, Universitätsstraße, und die Expedition d. Blattes in der Wohnung des Herrn A. Bebel, Petersstraße 18. Für Dresden Filialexpedition (interimistisch) W. Hendel, Wallstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London. Agent für London: A. Duenning, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Nachricht f. d. Parteigenossen. — Resolution der Int. Arb.-Ass. — An die Mitglieder des internationalen Arbeiter-Bundes. — Aus Oesterreich. — Das sächsische Dispreußen. — Contra Schweizer-Hajfeldt (Mende). — Sororts- und Arbeiter-Angelegenheiten. — Genf, Graz, Dresden, Reichenberg. — Anzeigen. — Beilage: Zur Klärung und Einigung. — Contra Schweizer-Hajfeldt-Mende.

Politische Uebersicht.

Graf Bismarck ist „in Rücksichtnahme auf seine Gesundheit von den Geschäften des Vorgesetzten im Staatsministerium beurlaubt“ worden, und hat sich wieder nach Varzin zurückgezogen. Das Bundeskanzleramt belleidet er jedoch, wie versichert wird, nach wie vor, woraus zu schließen, daß die Bundesgeschäfte keinen gesundheitsschädlichen Einfluß haben.

Daß diese „Beurlaubung“ Aussehen macht, läßt sich denken, und der Scharfsinn der Zeitungsschreiber strengt sich aufs Heußerste an, den Schlüssel des Räthfels zu erschöpfeln. Wahrhaft Großes leisten vor Allem die nationalliberalen Mythologen.

Während des preussischen „Verfassungskonflikts“

— Gott hab ihn selig — beobachteten die „Fortschrittler“ die

eigenthümliche Taktik, nach jeder erlittenen Niederlage einen

Sieg, nach jedem empfangenen Fußtritt einen „moralischen

Triumph“ anzukündigen, was für die gläubigen Philister in

den Fortschrittsblättern sehr erbaulich zu lesen war. Als die

Fortschrittspartei sich im Herbst des Jubeljahres 1866 nach

echt japanesischer Sitte auf Befehl des bösen, lieben Bismarck

die „glückliche Selbstabfertigung“^{*)} ertheilte, fiel ihre Hinter-

lassenschaft — Prinzipien waren nicht darunter — an die

Nationalliberalen, als die legitimen Erben. Bei dieser Ge-

legenheit kam denn auch das Rezept jener prächtigen Taktik in

den Besitz der Nationalliberalen, die seinen Werth sofort er-

kannten und es seitdem mit unermüdlicher Ausdauer anwen-

den. In der „Beurlaubung“ ihres Abgotts erblickten sie keine

Niederlage desselben — bei Leibe nicht — nein, im Gegen-

theil einen genialen Schachzug, durch welchen er seine „reaktio-

nären“ Gegner im Ministerium matt gesetzt hat. Indem er

sich zeitweilig von seinen Funktionen als königlich preussischer

Staatsminister entbinden ließ, aber seine Funktionen als Bun-

deskanzler beibehält, hat er sich auf den ächten bundesstaatlichen

Einheitsstandpunkt gestellt und seinen Entschluß erklärt, das

preussische Ministerium in dem (noch zu schaffenden) Bundes-

ministerium aufgehen zu lassen, die Wähler und Consorten zu

beseitigen und das tausendjährige Reich des Nationalliberalis-

mus ins Leben zu rufen.

Schade nur, daß die groben Thatfachen dieser sanften

Theorie unfreundlich vor den Kopf stoßen. Kaum war Graf

*) Die Japanesen haben bekanntlich die vernünftige Gewohnheit,

schon, wenn sie merken, daß sie sich überlebt haben, den Bauch eigen-

ständig aufzuknüpfen, was die „glückliche Selbstabfertigung“ (Hara kiru)

heißt und zu allgemeiner Nachahmung zu empfehlen ist.

Bismarck von Berlin weg, so wurde Hr. Wagener, das Haupt der bürgerfeindlichsten Fraktion der Kreuzzeitungspartei, zum vortragenden Rath des Königs ernannt; und gleichzeitig druckte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, Bismarck's Leiborgan, den Bericht einer Unterredung ab, welche der Redakteur eines amerikanischen Blattes, des „New-York Herald“ mit dem Grafen gehabt haben will, einen Bericht, der kaltes Wasser auf die erhitzten Köpfe der Nationalliberalen gießt.

Es heißt darin unter Anderm: „Graf Bismarck sagte, die Schuld an der Verwerfung der Vorlagen und den Schwierigkeiten, die sich weiter daraus entwickeln könnten, liege daran, daß die Abgeordneten kein richtiges Verständniß für die Situation und für ihre eigene Stellung hätten. Sie dächten sich als einen Staat im Staate, bewegten sich also eigentlich noch in feudalen (!) Vorstellungen. Sie hätten keinen Sinn für eine Gemeinsamkeit der Interessen zwischen ihnen und der Regierung. Sie gefielen sich im Widersprechen, Tadeln, Erheben von Schwierigkeiten, machten aber selbst keine nützlichen Vorschläge und meinten, es sei die Sache des Ministeriums zu sehen, wie es herauskäme. Getheilt in zahlreiche Fraktionen, jede von anderen Interessen beherrscht, fänden sie sich nur in der Opposition zusammen, und wollten nicht einsehen, daß sie die Geldmittel ja nicht dem Ministerium, sondern dem Lande zu bewilligen hätten. — Es werde vielleicht nöthig sein, im Herbst an die Wähler zu appelliren und zu sehen, ob sie nicht ein besseres Verständniß für die Aufgaben des modernen Staates und die Stellung der Volksvertretung hätten, als diese Herren, von denen jeder sich für einen Staatsmann par excellence halte. Die wiederholten Versicherungen persönlichen Vertrauens zu ihm hätten neben dieser Handlungsweise natürlich gar keinen Werth. Er habe die Sache längst satt, und hätte wiederholt um seine Entlassung gebeten. Der bejahrte König aber wolle seine Minister behalten und sich nicht neuen, noch nicht bewährten Rathgebern anvertrauen.“

Wir glauben nicht, daß die erzählte Unterredung wirklich stattgefunden hat, aber wir glauben, wenn sie stattgefunden hätte, und Graf Bismarck in offener Stimmung gewesen wäre, würde er sich ungefähr so ausgedrückt haben, wie es ihm hier in den Mund gelegt ist.

Kein Zweifel, Graf Bismarck „hat die Sache satt“. Sein „Werth“ ist innerlich zerrüttet, von außen bedroht; die letzte parlamentarische Campagne brachte ihm eine Reihe der empfindlichsten Demüthigungen, und wohlgemerkt, darunter verstehen wir nicht die Ablehnung seiner Steuerprojekte — denn er kennt seine Pappenheimer und weiß, daß sie nicht unerbittlich sind, bis auf Weiteres aber kann man „das Geld nehmen, wo man es findet“ — wir verstehen darunter das beispieldlose Fiasko, welches er mit seinen selbstmörderischen Redeversuchen im Reichstag und im Zollparlament gemacht hat. Kein Zweifel, „er hat die Sache satt“ und möchte gern durch sein Zurücktreten von der politischen Bühne das „Ausland“ d. h. den französischen Kaiser entwaffnen und die Verantwortlichkeit

für die notwendigen Konsequenzen seiner Blut- und Eisenpolitik von sich abschütteln. Doch wo ist der Nachfolger?

Unmittelbar ehe Graf Bismarck nach Vargin abreiste, hatte er eine längere Unterredung mit dem russischen Minister und Diplomaten Gortschakoff, der ihm zu Lieb eigens nach Berlin gekommen war. Was die Beiden zusammen gesprochen, wissen wir nicht, aber das wissen wir, daß es ihnen nicht an Stoff gefehlt hat. Die Wahlen und Rüstungen in Frankreich, die Krisis in Spanien, die Unruhen in Italien, die Vöhrung in den Donauländern, die unhaltbaren Zustände in Deutschland, die wiedererwachenden Hoffnungen der Polen, die Rebellion der Kosaken und Kirgisen, die Aussichten auf einen Conflikt Rußlands mit England in Mittelasien — das war wohl genug, um den zwei „Staatsmännern“ die Zeit ihres Zusammenseins auszufüllen und auch noch etwas für späteres Kopfzerbrechen übrig zu lassen.

Daß man in Berlin in sehr starker Verlegenheit ist, geht am Besten aus einem Aktenstück hervor, welches dieser Tage von dem dortigen Pressbureau in die Welt geschickt wurde. Es tritt auf als die Enthüllung eines tiefeingeweihten Staatsmanns, der uns belehren will, daß wir alle Dummköpfe gewesen, uns über die Usedom'sche Note und deren Genossinnen zu entrüsten: nicht Preußen habe mit dem Ausland Verträge abgeschlossen, wohl aber Oesterreich, das 1866 den „Staat des Deutschen Berufs“ mit Hilfe Frankreichs habe vernichten wollen. „Vor dem Ausbruch des Kriegs“, schreibt der betreffende „Staatsmann“, war ein Vertrag zwischen Frankreich und Oesterreich abgeschlossen, durch welchen Frankreich, im Falle der Sieg auf österreichischer Seite war, als Kompensation für die Machterweiterung des österreichischen Kaiserreichs in Deutschland das linke Rheinufer zugesichert war. Allerdings wurde die Rheingrenze im Vertrage selbst nicht ausdrücklich bezeichnet, über die Bedeutung der festgesetzten „Kompensation“ bestand indessen zwischen den Betheiligten ein völliges und stillschweigendes Einverständnis. So glaubte sich Napoleon gesichert für den Fall, daß Oesterreich siegte. Die Niederlage Oesterreichs hielt man in Paris für unmöglich. Ueber die preussischen Rüstungen und die preussische Armee war man nur sehr mangelhaft unterrichtet durch die Berichte des damaligen Militärattachés bei der französischen Botschaft in Berlin, des Grafen de Clermont-Tonnere, der denn auch nach dem Kriege durch einen besseren Beobachter, Baron de Stoffel, erfest wurde. Die unterschätzende Meinung, welche man in Paris von der Macht Preußens hatte, führte sogar zu der Besorgniß, die Niederlage Preußens werde eine über das Maas des Wünschenswerthen hinausgehende sein, Preußen könnte so sehr beschnitten werden, daß Frankreich durch die Annexion des linken Rheinufers eine nur ungenügende Entschädigung für die Machtentwicklung Oesterreichs auf Kosten Preußens und in Deutschland selbst erhalten würde. So war man in Paris, trotz der zugesicherten Neutralität, fest entschlossen, die völlige Niederwerfung Preußens durch eine rechtzeitige Einmischung zu Gunsten desselben zu verhindern, natürlich in der Voraussetzung, daß das durch französische Vermittelung gerettete Preußen am wenigsten in der Lage sein werde, die Annexion des linken Rheinufers zu verweigern. In Wien wiegte man sich in ganz ähnlichen Illusionen.“

Prächtig ge—fabelt, und vielleicht glauben auch wir es eines Tages, wenn uns nämlich der Beweis geliefert wird, daß Graf Bismarck nie in Biarritz war, daß die Usedom'sche Note sammt ihren Genossinnen nur eine von welschen Agenten ansgebrütete Ente, daß Graf Bismarck nie zu dem kurheffischen Gesandten sagte: ehe wir Oesterreich siegen lassen, geben wir Frankreich den Rhein! mit Einem Wort, daß Alles, was seit 3 Jahren geschehen, ein wüster Traum — wenn uns Das bewiesen wird, gut, dann glauben wir's, vorher aber nicht.

Von wegen der leeren Staatskassen wird jetzt in Preußen brav gespart, natürlich an derlei unnützen Dingen, wie Schulen, Chausseebauten, Dammarbeiten u. s. w. Auch im Postwesen wird ge-

spart, und in Berlin werden Pakete nur noch 2mal täglich ausgetragen, statt 4mal, wodurch ein paar arme Unterbeamten überflüssig und circa 400 Thaler gespart werden. Das Publikum murt, aber was macht das? Graf Bismarck hat seine Dotation, der König seine Gehaltszulage von 1 Million und das „herrliche Kriegsheer“ wird fett vom ausgefognen Markt des Lands.

Am 3. Juli war der dritte Jahrestag von Sadowa. Hat man ihn gefeiert im Lande der „Sieger“? Lesen wir die Berliner „Zukunft“:

„Zwanzig, dreißig, vierzig, fünfzig Jahre lang haben, zu Zeiten selbst verboten und verfolgt, die Oktoberfeuer auf den deutschen Bergen gesamt zu Ehren jenes Haupttages aus den sogenannten Freiheitskriegen. Und heut kehrt der Jahrestag von Sadowa zum dritten Mal erst wieder und findet schon ein gleichgiltig stilles Geschlecht. Ein paar Concert- und Feuerwerkstänzer an den Anschlagssäulen, ein Inseratenpoet in der „Spener'schen Btg.“, zwischen Hoff'scher Abzehrungs- und Nidel'scher Rheumatismusreflexe: die haben des 3. Juli gedacht, und außer ihnen der „Publicist“. Die Berliner Presse vollständig hat ihren Patriotentkalender heute in die Tasche gesteckt, die „Nat.-Btg.“ schreibt über Stempelsteuer, die „Kreuz-“ und „Spener. Btg.“ über das Conzil, die „Nordd. Allg. Btg.“ über englische Versicherungsgefeßgebung, die „Volksztg.“ grämt sich um Fournier, die „Post. Btg.“ endlich, in raffinierter Bosheit, spricht über die Gesundheitszustände in den Armeen und hebt die gar nachdenkliche Ziffer von 134 Selbstmorden hervor, welche das norddeutsche Bundesheer im Jahre 1868 aufweist. Dies Schweigen der öffentlichen Meinung von allen Seiten und Parteien her, ist ein wunderlich Zeichen, das gar harmonisch übereinklingt mit der Stimmung des Helden dieser Tage, der „es satt hat.“ So raffen wir uns denn auf und erweisen der Gedenkzeit ihre Ehre! Schon einmal ist die Sonne des 4. Juli aufgegangen über einem großen Siege, reineren vom Blutdampfe ungebrochenen Strahles als jüngst in den böhmischen Wäldern. Am 4. Juli 1776 ward die Unabhängigkeitserklärung der 13 Vereinigten Staaten von Nordamerika ausgesprochen, am 4. Juli hub jene glorreiche Rebellion an, welche in siebenjährigem Kriege sich durchkämpfte und die Republik begründete, die nun in aber 7 Jahren ihr erstes Säculum abschließt, sicherer gefest, denn je, und ihr Banner mit den machtvoll sich häufenden Sternen näher denn je nach der alten Welt herüber schwingend. Vor diesem Gedenktage beugen wir ehrfurchtsvoll das Haupt und heben es in ungetrübter Hoffnung . . .“

Also nicht bloß Bismarck, auch das preussische Volk „hat die Sache satt“. Und das ist die beste Nachricht, die heute zu geben haben.

Die übliche Statistik der Reichstags—Zungen— und Leerd-Stroh-Drescherei ist soeben veröffentlicht worden. Der Reichstag hatte 56 Plenarsitzungen, in welchen von 180 Rednern zusammen 2496 — schreibe zweitausend vierhundert sechs — und neunzig längere oder kürzere Reden geredet worden! Die Palme des Fleißes gebührt natürlich den Nationalliberalen, und unter diesen der erste Preis dem unermüdbaren Vaster, der nicht seltener als 149 Mal sprach — und wohl gemerkt, der Mann war eine Zeitlang krank (nicht an der Zunge), sonst würde er wohl das zweite Hundert voll gemacht haben. Ihm zunächst kommt Hennig mit 117, Lutz mit 71, Hoyerbed mit 63, Miquel mit 58, Vöhr, Grumbrecht und Schwerin mit je 55 Mal. Von den Genannten — wir führen die Liste nicht weiter — gehört bloß Lutz nicht zu den Nationalliberalen (er ist konservativ).

Wenn einmal das mit dem biederer Münchhausen begrabene Geheimniß, Bausteine aus Luft zu verfertigen, wieder entdeckt ist, dann werden die Herren Nationalliberalen der „Bau“ der Deutschen Einheit sicherlich bald fertig haben, und wird der „Berliner Wind“ nicht länger von den Süddeutschen verspottet werden.

Der in letzter Nummer mitgetheilte Brief der vier

ner aus Ostpreußen hat seine Wirkung gethan — das „Nationalfest“ in Königsberg ist abbestellt worden.

Die halbamtlichen preussischen Blätter kündigen jetzt das Erlöschen des Hungertypus in Ostpreußen an. Sie vergessen, daß sie ihren Lesern hundertmal versichert hatten, der Hungertypus sei nur eine Lüge der „schlechten Presse“. Da der Hungertypus noch nicht erloschen ist, sondern chronisch fort-dauert, haben die betreffenden Blätter also selbst im Moment, wo sie der Wahrheit die Ehre zu geben versuchten, eine Lüge gesagt, wobei einem das Sprichwort einfällt: Wenn man die Natur mit der Heugabel zur Thüre hinausjagt, kommt sie durch's Fenster hineingeschlüpft.

Ein Bild aus dem „Militärstaat“, manchmal auch „Intelligenzstaat“ genannt: in Spandau wurden neulich 4 Gefreite und 1 Unteroffizier wegen „Trunkenheit“ zu 14, resp. 8tägigen „Mittelarrest“ verurtheilt, weil sie gesungen hatten: „Ich bin Soldat, doch bin ich es nicht gern!“

was ein königlich preussischer Soldat, wie der Regimentskommandant bei Verhängung des Urtheils erklärte, unmöglich im nüchternen Zustand singen könne.

Noch ein Sittenbild: Ein Adliger, Namens von Zastrow, wird in Berlin eines unnatürlichen Verbrechens angeklagt — die Schuldbeweise sind überwältigend, aller Wahrscheinlichkeit nach hat von Zastrow auch einen Mord verübt — er kommt zum Gericht, die Verhandlungen beginnen, da plötzlich wird der Prozeß „auf unbestimmte Zeit“ vertagt. Warum? Man zögelt sich in die Ohren — und die „Zukunft“ hat den Muth, es heraus zu sagen —, das Scheusal habe Mitschuldige bis hinauf in die allerhöchsten Kreise, der Polizei seien die Namen bekannt, — — und die Sache solle um jeden Preis vertuscht werden. Nun — schwer wird das Vertuschen nicht werden, „es gibt ja noch Richter in Berlin“.

Neulich schlugen die bayrischen Nationalliberalen (Fortschrittl.) einen furchtbaren Wurm in der Presse — bei den jüngsten Krawallen in Paris sei ein bayrischer Gelehrter verhaftet und von der bayrischen Gesandtschaft schmähsch im Stich gelassen worden — da sehe man die Zämmlichkeit der Kleinstaatenthums; hätte der fragliche Märtyrer elender Partikularisterei einem Großstaat — und in Deutschland gibt es ja nur Einen — angehört, so wäre ihm solches nicht zugestoßen, und hätte sich die französische Polizei etwa auch zufällig an ihm vergriffen, so würde sie doch, sobald sie ihres Irrthums inne geworden, eine Entschuldigung hergestammelt und sich, zu Tode erschrocken, ins Mausloch verkrochen haben.

So klapperte ein paar Tage lang die Fortschritts-Bindmühle mit wachsendem Geräusch, da wurde sie auf einmal zum Stehen gebracht durch „die traurige Wahr“, daß der fragliche Gelehrte kein Bayer gewesen, sondern ein Preuße, und daß es nicht ein miserabler Kleinstaatlicher bayrischer, sondern ein mächtig großstaatlicher preussischer, ja normal-nordbündlerischer Paß gewesen, den die französische Polizei, statt sich pflichtschuldigst ins Mausloch zu verkriechen, auf das frivolste insultirt hat, und — was Allem die Krone aufsetzt —, daß die königlich preussische (Nordbunds-) Gesandtschaft in Paris nicht den Muth gehabt für ihren Schutzbefohlenen ein Wort einzulegen!

Ein anderer praktischer Kommentar zu dem Thema: Nationalliberale Dichtung und realpolitische Wahrheit wird durch die neuesten Aufschlüsse über den belgisch-französischen Streit geliefert. Die Belgier haben nämlich den Franzosen in der Eisenbahnfrage Alles zugestehen müssen, weil sie von England und Preußen, auf das sie hauptsächlich gerechnet hatten, vollständig im Stich gelassen worden sind.

Beiläufig sei hier bemerkt, daß mit der Eisenbahnfrage, die von Anfang an nur Vorwand war, die belgisch-französische Frage noch keineswegs gelöst ist.

Ein Französisches Blatt hat sich die Mühe genommen, eine Karte des Wahlresultats zu veröffentlichen, auf der die einzelnen Wahlbezirke je nach der größeren oder geringeren Zahl der abgegebenen demokratischen Stimmen heller oder

dunkler gezeichnet sind. Vergleicht man diese Karte mit der vor einiger Zeit auf Befehl des Unterrichtsministers ausgearbeiteten Bildungskarte, so stellt sich eine bis ins Einzelste gehende Uebereinstimmung heraus: das Verhältniß der demokratischen Stimmengahl entspricht genau dem Bildungszustand der Bewohner; je höher dieser, desto zahlreicher sind jene. Ueberall, wo der Volksunterricht einigermaßen etwas taugt, sind die Regierungskandidaten erlegen; wo er im Argen, haben sie gesiegt. Es zeigt dieß, daß Volksbildung die Mutter der Freiheit ist, und daher in dem Despotismus ihren tödtlichen Feind haben muß. Man hat verschiedene Definitionen des Kaiserreichs: „das Kaiserreich ist der Friede“, „das Kaiserreich ist der Säbel“, „das Kaiserreich ist der Bankrott“ — die erste war eine Lüge, die beiden anderen sind richtig, allein sicher nicht minder richtig ist, wenn wir auf Grund der erwähnten zwei Karten sagen: das Kaiserreich ist die Dummheit.

Fort mit dem persönlichen Regiment, das ist jetzt die Lösung überall in Frankreich, sogar unter den sonst konservativen besitzenden Klassen. In Paris zirkulirt gegenwärtig unter den Hauseigenthümern eine bereits mit vielen Tausenden von Unterschriften bedeckte Petition an den Senat, welche für die Hauptstadt das seit dem Staatsstreich des 2. Dezember ihr vorenthaltene Recht der Selbstverwaltung zurückfordert. Die Petition lautet:

An die Herren Senatoren!

Paris, 27. Juni 1869.

Paris ist seit langer Zeit aller seiner communalen Freiheiten beraubt; es hat nicht einmal das Recht die Männer zu ernennen, welche als Herren über das städtische Eigenthum verfügen. Ein Artikel der gegenwärtigen Constitution macht den Senat zum Wächter über die öffentlichen Freiheiten. Die Unterzeichneten glauben seine Intervention anrufen zu sollen, um einem Zustande ein Ende zu machen, welcher, wie neulich durch Thatfachen bewiesen worden ist, die Ehre und die Interessen der großen Stadt verletzt.

Wir brauchen nicht auseinanderzusetzen, daß 1) die Petition an sich eine Albernheit ist, indem das darin Erbetene dem Cäsarismus nur durch Gewalt entzissen werden kann; und 2) daß man sich obendrein in der Adresse geirrt hat, indem man den Senat aus lauter auf Lebenszeit von Bonaparte angestellten Palaien besteht. Die Unterzeichner der Petition verlangen allerdings nicht den Teufel bei seiner Großmutter, aber doch bei seinem Hausgesinde (ohne I, das bemerken wir ausdrücklich für den Sezer, damit er uns nicht mit der Staatsanwaltschaft in Conflikt bringe), was noch hoffnungsloser ist, da eine Großmutter immerhin eine gewisse Autorität hat, während die Bedienten „Maul halten“ müssen, wenn's vom Herrn befohlen wird.

Unmittelbar vor den Wahlen hieß es, Bonaparte habe die Absicht, dem „unversöhnlichen“ Rochefort die Rückkehr nach Frankreich zu erlauben, und durch diesen „Alt der Gnade“ der Candidatur desselben die Spitze abzubreaken. Das wäre klug gewesen — und wurde also von Bonaparte nicht gethan. Bei der ersten Wahl blieb Rochefort bekanntlich — es mußte eine engere Wahl vorgenommen werden — in der Minorität, und ist neuerdings für die nothwendig gewordenen Nachwahlen in Paris aufgestellt worden. Dieß hat den Kaiser nicht ruhig schlafen lassen, und um sich des unbequemen Gegners zu entledigen, ließ er ihn unter irgend einer abgeschmackten Anlage (Verbreitung der „Laterne“) vor Gericht stellen und von den allzeit gefügigen Werkzeugen des Cäsarismus, die man Richter zu nennen pflegt, zu dreijähriger Einsperrung mit dreijährigem Verlust der Ehrenbürgerrechte, folglich auch des Wahlrechts und der Wählbarkeit verurtheilen. Durch dieses Vorgehen hat Bonaparte erstens seine Furcht gezeigt — was sehr unweise ist; hat zweitens das Volk gereizt, was wiederum sehr unweise; und hat drittens nicht einmal erreicht, was er erreichen wollte, da die Pariser Rochefort nun erst recht wählen wollen. In die Kammer kann Rochefort jetzt freilich nicht eintreten; doch was schlägt das? Der parlamentarische Kampf gegen das Empire ist höchstens ein Guerillakrieg, der in einem Staat wie Frankreich nimmermehr zum Ziel führe.

kann. Rochefort in der Kammer wäre harmlos; Rochefort gewählt trotz des Urtheils der bonapartistischen Richter — das wäre ein revolutionärer Akt und zugleich eine persönliche Beleidigung für den Kaiser!

Seit dem 28. Juni ist der gesetzgebende Körper versammelt. Er beschäftigt sich vorerst fast ausschließlich mit Wahlprüfungen und hat schon eine tüchtige Quantität Schmutz zu Tag gefördert, wovon gelegentlich mehr. Lieft man die französischen Kammerverhandlungen der letzten Tage, so glaubt man sich in die Abtheilungsitzungen des Berliner „Reichstags“ versetzt, nur daß die Landräthe bei den Franzosen Präfecten heißen.

Ueber den jetzigen Stand des Arbeiterstrikts im Poire-becken (St. Etienne) theilt das halbamtliche „Memorial de St. Etienne“ folgendes mit, wodurch das in letzter Nummer von uns Veröffentlichte berichtigt wird: „Während in den Gruben von Chazotte, St. Chamond und Rive-de-Gier der größte Theil der Bergleute ihre Arbeit wieder begonnen haben, herrscht in Firminy, Montrambert, Roche-la-Molière und Ricamarie noch völlige Arbeits einstellen. Auf keinem dieser Punkte ist der Widerstand nur im Geringsten schwächer geworden. Eine große Anzahl der Bergleute dieser Lokalitäten hat dieselben verlassen, entweder um nach ihrer Heimath, dem Departement der Haute-Loire, zurückzukehren, oder um in der Nachbarschaft bei den Arbeiten der Ernte Beschäftigung zu finden. Von Aurec kündigt man die Ankunft einer größeren Zahl Bergleute aus Firminy an; sie benehmen sich friedlich. In Summa ist der Zeitpunkt noch nicht vorherzusehen, wo Alles wieder zur normalen Ordnung zurückgekehrt sein wird. Von Unterhandlungen zwischen den Bergleuten und den Compagnien ist übrigens nicht mehr die Rede. — Von beiden Seiten scheint man auf den Einfluß der Zeit und der Ermüdung zu rechnen.“

Vorige Woche meldeten wir, daß in Spanien der Ruf: Es lebe die Republik! von der monarchistischen Majorität für verfassungswidrig erklärt worden sei. Jetzt erfahren wir, daß die Cortesmehrheit den Beschluß gefaßt hat, bis zum Ende der Verhandlung über das Budget keine Interpellation mehr zuzulassen. Dieser parlamentarische Staatsstreich, der die Mundtodtmachung der republikanischen Minorität bezweckt, wird nach der Logik der Thatfachen in dem militärischen Staatsstreich seine Ergänzung finden.

Vom Londoner Generalrath der Internationalen Arbeiter-Assoziation wird uns zur Veröffentlichung mitgetheilt, daß auf dem Congreß in Basel nur wirkliche Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Assoziation (also nicht Solche, die nur zum Schein mit der Internationalen Arbeiter-Assoziation liebäugeln) zu erscheinen berechtigt sind.

In Nürnberg ist die am 4. Juli abgehaltene Konferenz der social-demokratischen Arbeiter Bayerns sehr befriedigend ausgefallen. Augsburg, München, Schwabach, Bamberg, Fürth, Nürnberg u. s. w. waren vertreten, und es wurde eine vollständige Einigung der verschiedenen Fraktionen erzielt.

Bis jetzt haben sich nicht weniger als 4 Präsidenten der Gewerkschaften unter dem Verbandspräsidium Schweizer's von letztem losgesagt, und zwar: Hr. Fritzsche, Präsident des Cigarren- und Tabakarbeiter-Vereins, Hr. Schumann, Präsident des Allgemeinen Deutschen Schuhmachervereins, Hr. York, Präsident des Gewerkschaftsvereins deutscher Holzarbeiter, und neuerdings, wie wir erfahren, auch Hr. Schob, Präsident des Allgemeinen Deutschen Schneidervereins.

Allen Parteigenossen hiermit zur Nachricht,

daß auf einer Konferenz von Vertretern der verschiedenen Fraktionen der Deutschen Sozial-Demokratie einstimmig der Beschluß gefaßt worden ist, den

Allgemeinen Deutschen sozial-demokratischen Arbeiterkongreß auf Sonnabend, den 7., Sonntag, den 8. und Montag, den 9. August nach Eisenach zu berufen. — Der Aufruf zum Kongreß mit Angabe der vorläufigen Tagesordnung wird in den nächsten Tagen und in der nächsten Nummer des „Demokratischen Wochenblatts“ veröffentlicht. Wir halten uns schon heute für verpflichtet, unsere Parteigenossen nördlich wie südlich des Mains, in Oesterreich wie in der freien Schweiz aufzufordern, sich zu rüsten um den Kongreß zu beschicken. Der Kongreß wird ein glorreicher Wendepunkt in der deutschen Arbeiterbewegung sein, wenn die Arbeiter allerwärts sich zusammenschaaern, um die längst ersehnte Einigung aller christlichen sozial-demokratischen Arbeiter herbeizuführen.

Also frisch ans Werk, Parteigenossen! Das materielle Opfer, das Ihr bringt, um Eure Delegirten nach Eisenach zu schicken, es wird reichlich vergolten werden!

Resolution

der deutschen Abtheilung der Internationalen Arbeiter-Assoziation in Genf.

Das Centralkomitee der Sektionsgruppe deutscher Sprache, In Erwägung:

daß die Wiedervereinigung zeitweilig getrennter Bruchtheile der sozialdemokratischen Partei stets als ein erfreuliches Ereigniß zu begrüßen ist;

daß es die Pflicht aller Parteigenossen ist, die vollständige Einheit der Partei-Organisation und -Action anzustreben;

daß aber jede Organisation, die nicht gänzlich auf demokratischer Grundlage beruht, sondern die gegenheils, das Prinzip der Volkssouveränität verlegend, diesem oder jenem Führer diktatorische Befugniß einräumt, der persönlichen Leitung zu Eigen und Mißgriffen die Geschichte der Partei anvertraut, den Antrieb zur Selbstthätigkeit Aller ersticht, die kollektive Initiative und Strebeweise vernichtet, im Parteileben die demokratische Schule und Erziehung verkümmert und verfälscht, immer und überall mit Energie bekämpft werden muß,

beschließt:

1) Auf ebenso streng demokratischer als sozialistischer Grundlage der Herstellung der Einheit in der Arbeiterpartei allen Vorschub und Beistand zu leisten und daher

2) zur Ausführung des von den Bürgern, Bremer, Hoffmann, W. Klees, Th. York, C. Müller, S. Spier, A. Biewig, W. Bracke, H. Ehlers, E. Lüddecke, A. Schrader, F. Ellner, A. Dreyer, Hingstmann, Lehnhoff, L. Bonhorst, Kreyser vorgeschlagenen allgemeinen Kongresses der gesamten sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands nach Kräften mitzuwirken.

Genf, den 1. Juli 1869.

Für das Centralkomitee:

Joh. Ph. Becker, Präsident.

Th. Remy, Sekretär.

An die Mitglieder des internationalen Arbeiter-Bundes

in Deutschland, der Schweiz und Oesterreich. Bundesgenossen, Brüder!

Die Herren Bremer, Bracke und Genossen, bisher Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, haben unter dem 22. Juni ds. Js. eine Erklärung erlassen, in welcher sie die Handlungsweise des Präsidiums des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins einer strengen Kritik unterziehen und zur Einberufung eines Congresses aller Sozialisten deutscher Sprache, sowie zur Einigung derselben auffordern.

Da wir nicht Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sind, steht es uns nicht zu, über das Verhalten des Präsidiums desselben ein Urtheil zu fällen, wir greifen daher nur den Vorschlag zur Einigung heraus, dem wir uns um so freudiger anschließen, als wir schon seit längerer Zeit bemüht sind, zwischen den streitenden Fraktionen unserer Partei eine Einigung zu vermitteln.

Es wird endlich Zeit, daß die deutschen Arbeiter die dringende Nothwendigkeit erkennen, sich die Hände zu reichen zu gemeinschaftlichem Wirken, denn nur dann wird es möglich, den Kampf gegen alle Klassenherrschaft, gegen die wohlorganisirte Macht des Militarismus, des Adels, der Pfaffen und des Kapitals siegreich durchzuführen.

Aber diese Einigung wird nur dann eine feste und dauernde sein, wenn sie nicht die Zerstückelung einer Fraktion durch die andere in sich schließt, sondern wenn beide Fraktionen mit dem festen Willen, vergangene Streitigkeiten zu vergessen, sich auf den einzigen Boden stellen, welcher zur Vereinigung gegeben ist, auf den des internationalen Arbeiter-Bunds, und es gilt nun für uns dahin zu wirken, daß die neuzuschaffende Organisation sich diesem Bunde voll und ganz anschließe.

Wir rufen daher allen unsern Bundesgenossen zu: „Schließt Euch dem Streben nach Vereinigung an, wirkt, vorzüglich in Beschickung des einzuberufenden Congresses, thätig mit, und stehet fest mit uns dafür ein, daß die Arbeiter deutscher Zunge sich der internationalen Bewegung ungetheilt anschließen.“

Mit sozial-demokratischem Gruß

Die Leipziger Mitglieder des internationalen Arbeiter-Bundes.

Aus Oesterreich.

Wien, 8. Juli.

In allen staatlichen und städtischen Fragen, in politischen und kommunalen Angelegenheiten tritt als bemerkenswerthester Zug des Bürgerthums die Incolenz, die stumpfe Gleichgültigkeit gegenüber Allem, was nicht den unmittelbarsten Eigennutz berührt, hervor! In Wien tritt diese Erscheinung so sehr in den Vordergrund, daß sie von den Organen der Bourgeoisie selbst unverholen eingestanden wird. Man quält sich in den liberalen und „demokratischen“ Blättern unsäglich ab, den stagnierenden Sumpf der öffentlichen Meinung einigermaßen in Fluß zu bringen, aber vergebens. Wir sind weit entfernt, über solchen Zustand klagen zu wollen, wir finden ihn vielmehr so ungeheuer natürlich, daß uns nur das Gegentheil davon wundern würde. Die öffentliche Meinung ist nichts anderes, als der geistige Abdruck jener kleinen und kleinsten Interessen, welche das Gehirn der heutigen Gesellschaft in Anspruch nehmen. Das Geldmachen ist das einzige große Gesetz und daraus folgt, daß des Kaufmanns Pfefferkorn viel wichtiger ist, als all' diese politischen und sozialen Fragen, welche nur das gemüthliche Geschäft des Verdienens und Genießens stören. Die Rudera politischen Denkens und Willens, welche im Wiener Bürgerthum noch übrig sind, krystallisiren sich in einzelnen demokratischen Vereinen; sie stehen aber so vereinzelt und ohne Rückhalt im Volke da, daß sie eigentlich nur ein Scheinleben führen. Wären nicht die Zeitungen so freundlich zu melden, daß der „Verein zur Wahrung der Volksrechte“ eine Versammlung abgehalten oder „der demokratische Verein“ dieser oder jener Vorstadt eine Resolution gefaßt hat, man hätte keine Ahnung, daß im Wiener Bürgerthum noch Männer existiren, welche anderer Ansicht sind als ihre Regierung. Es kommt uns nicht in den Sinn, diese Vereine anzugreifen; wir Sozialisten machen unseren Weg auch ohne sie, vielleicht sehen sie später ein, daß sie den ihrigen ohne uns nicht machen können. Der bloße Name der Demokratie hat für uns etwas Großartiges, Heiliges und wenn man uns, Sozialisten Vorurtheile zuschreiben will, so ist vielleicht Das das einzig Berechtigte, daß wir schon dem demokratischen Namen zu lieb im Stande sind, Denen Sympathien zuzuwenden, welche ihn führen. Und doch hat uns dieser unser Glaube schon furchtbar betrogen. Unser Blut wurde in Strömen vergossen im Jahr 1848 in Frankreich und in Deutschland, weil wir den Männern glaubten, welche den demokratischen Namen führten. Wer weiß es, ob die Langmuth und das Vertrauen des Volkes nicht auch in Zukunft viele Opfer fordern wird. Die Führer des Volkes sind nur zu oft seine schlimmsten Feinde. Anstatt mit voller

Uneigennützigkeit die Initiative politischer und sozialer Thätigkeit immer und immer ins Volk selbst hineinzudrängen, freuen sie sich des Einflusses, welchen sie durch ihr Talent errungen, und von diesem Augenblicke an ist es nicht mehr der Pulsschlag des Volkes, welcher das Blut durch ihre Adern treibt, sondern das lächerliche Gefühl persönlicher Wichtigkeit. Sie werden Absolutisten der Demokratie. Von der Bedeutung ihrer Persönlichkeit durchdrungen, haben sie kein Auge für die Leistungskraft des Volkes, selber voll Herrschergefühl stehen sie der Verwirklichungsarbeit des Volkes gegenüber, welche auf Abschaffung jeder Art von Herrschthum hinielt. Sie werden Reactionäre im Kleide der Revolution. Möge sich insbesondere auch die bürgerliche Demokratie dieser Wahrheit bewußt werden.

Fragen wir in den Reihen der reinen Demokratie nach über ihre Aussichten, Pläne und Hoffnungen. Alles grünt und blüht in rosigem Lichte, und der einzige trübe Schimmer, der diese Fernsicht stört, ist die Theilnahmslosigkeit und Gleichgültigkeit der großen Masse des Bürgerthums. Bei näherem Zusehen zeigt sich aber leider, daß dieser trübe Schimmer immer dichtere und dichtere Schatten wirft, und das rosige Bild einer schönen Zukunft erscheint dem tiefer blickenden Auge als schwarze finstere Nacht mit glänzender Oberfläche. Was nützen die wohlmeinenden Absichten von ein Paar Duzend redlichen Männern, wenn der Strom des öffentlichen Lebens in den Sumpf geistiger Gleichgültigkeit mündet? Was nützen die schönen Ideale, welche da und dort noch in der Brust Einzelner wachen, wenn der Strom des öffentlichen Lebens gerade nach entgegengesetzter Richtung treibt? Seht ihr denn nicht, daß das Bürgerthum von Tag zu Tag mehr in seinen materiellen Interessen erstarrt, seht ihr denn nicht, daß es Euch, ihr Männer der Zukunft, unmöglich ist, diesen Leichnam zu beleben? Nicht beleben sei Eure Aufgabe, sondern begraben. Kommt zu uns, steigt herab in die Schichten des Volkes aus Eurer vermeintlichen Höhe. Sucht, ob ihr bei uns den Boden findet, der Eure Ideale reifen läßt; sucht im arbeitenden Volke den Hebel geistigen Fortschrittes anzusetzen; Ihr werdet sehen, daß man im Vereine mit ihm die Welt aus den Angeln heben kann. Hier ist Leben, hier ist Kraft! Kommt zu uns, prüft unsere Forderungen, hört unsere Wünsche. Ihr werdet sehen, daß nur die Vernunft jene dictirt und nur die Sorge um das Wohl und Wehe unserer Mitmenschen diese leitet. Kommt auf die Seite der Revolution und meidet den häßlichen Schein, zwischen Reaction und Revolution zu stehen. Lasset die alten Gegensätze scharf und bestimmt hervortreten und mit ihnen fließt neues Leben durch unsere Adern. Erhebt Euch über die Existenzbedingungen einer Klasse, welche mit giftigem Windhauch Euer geistiges Leben zu zerfetzen droht, kommt zu uns; Arbeit, Stetlichkeit, Wissenschaft ist unser Wahlspruch, die Revolution ist unsere Mutter!

Das jüdische Ostpreußen.

III.

Geyer, den 25. Juni.

In Betreff unserer Zustände weiß ich heute nichts besonderes Neues zu schreiben. Ueber die Schönsfelder Schulmeistergeschichte können wir hinweggehen; wir geben solche Verläumdungen der allgemeinen Verachtung preis! In der vorletzten Nummer des „Wochenblatts“ ist auch erwähnt, daß die Noth nicht bloß in Geyer herrscht, sondern auch in andern Städten, und in der That erstreckt sie sich über die Städte Geyer, Ehrenfriedersdorf, Annaberg, Buchholz, Schlettau, Scheibenberg, Bärenstein und Oberwiejensthal. Ich glaube aber, daß es in Geyer am schlimmsten steht, weil hier 1) verhältnißmäßig die meisten Posamentierer sind und 2) weil man hier die miserabelsten Arbeiten machen muß, denn es werden hier ausschließlich baumwollne Fransen gefertigt, und wenn nur einigermaßen flott gearbeitet wird, so werden wöchentlich gegen 3000 Mal 30 Ellen fertig. Für 30 Ellen giebt es nun 2½, 3 und 3½ Rgr.; jetzt aber giebt es immer nur wöchentlich 1000—

1500 Mal 30 Ellen zu arbeiten, woraus sich Jeder die Arbeitslosigkeit leicht berechnen kann. Die Lebensweise erklärt sich wiederum leicht aus dem Verdienst; es wechselt beständig trockenes Brod und Sichorienbrühe („Kaffee“ kann man es nicht nennen) mit Kartoffeln, und Kartoffeln mit trockenem Brod etc. und das noch oft nicht genügend. Trotzdem ist der jetzige Gesundheitszustand immer noch verhältnismäßig gut. Freilich muß man in Betracht ziehen, daß man hier gute reine Luft und gutes Wasser hat, was man beides glücklicherweise nicht zu versteuern braucht. Hätten wir eine Flußniederung, so würde der Hungertypus uns nicht oft verlassen.

Contra Schweiger-Hatzfeldt (Wende).

(Fortsetzung aus der Beilage.)

Der „Sozialdemokrat“ hat sich endlich bequemt die Erklärung des Hrn. Dr. Kirchner, die wir in letzter Nummer des „Wochenblattes“ abdruckten, ebenfalls zu veröffentlichen, damit aber auch aufs Neue bewiesen, wie außerordentlich kleinlich und erbärmlich die Kampfweise des Hrn. Dr. Schweiger ist. Der „Sozialdemokrat“ wußte nämlich auf diese äußerst ruhig gehaltene Erklärung Kirchner's nichts anderes zu entgegnen, als daß er sagte: „Hr. Dr. Kirchner habe den Haupteinwand gegen sich unerwidert gelassen, und der bestehe darin — man höre und staune! — daß er Liebknecht-Bebel'sche Gewerkschaftsstatuten vertheilt habe.“ Nichts als Drahtpuppen sollen also die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sein, die ohne die Genehmigung ihres Präsidenten nichts lesen (Herr Schweiger hat thatsächlich gewisse Bücher auf den Index*) gesetzt, d. h. zu lesen verboten), nichts schreiben, nichts reden und thun dürfen, ohne erst brieflich oder telegraphisch bei dem Herrn „Präsidenten“ in Berlin anzufragen. Damit aber unsere Leser ganz die Größe des Kirchner'schen „Verbrechens“ kennen lernen, wollen wir noch hinzufügen, daß die Gewerkschaftsstatuten, die Kirchner vertheilt hat, im ganzen höchstens 4, sage vier Stück gewesen sein können, die derselbe als in Nürnberg gewählter Vertrauensmann des Verbands deutscher Arbeitervereine vom Vorort zugesandt erhielt.

Mit der Art, wie Herr Dr. Schweiger die Mitglieder seines Vereins behandelt, und die Zumuthungen, die er an sie stellt, erzieht er nicht selbstdenkende, auf eignen Füßen stehende Männer, sondern blinde Fanatiker, die gedankenlos thun, was der „Präsident“ befiehlt. Das freilich will er, deshalb wird Jeder, der nicht blind sich ihm fügt, im „Sozialdemokrat“ gebrandmarkt als „Verräther“, der die heilige Organisation untergrabe u. dergl. mehr. Gländes Komödiantenspiel das, und bedauernswürdige Menschen, die sich so was bieten lassen!

Herr Dr. Schweiger hatte im „Sozialdemokrat“ veröffentlicht, v. Bonhorst habe vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gelebt. Hr. v. Bonhorst hat dieses, ebenfalls in vor. Nr. d. „D. W.“, durch Anführung der Zahlen, d. h. der Geldsumme, die er als Agitator bekommen und die im Verhältniß zur Leistung äußerst gering genannt werden muß, schlagend widerlegt. Hr. Dr. Schweiger kann im „Sozialdemokrat“ auch gegen diesen Beweis mit Zahlen nichts entgegnen. Das hindert ihn aber nicht, vor wie nach zu behaupten, daß Hr. v. Bonhorst vom Verein gelebt habe, und zwar entwickelt er: Hr. v. Bonhorst habe agitiert, sei für diese Agitation bezahlt worden (freilich schlecht genug! D. R.), um die Reisespesen zu decken, folglich habe er vom Verein gelebt! Mit andren Worten: wer für den Verein gelebt hat, ohne für Schweiger zu leben, hat vom Verein gelebt! Derselbe Vorwurf wird gegen Herrn Schumann in Berlin geschleudert, der bekanntlich längere Zeit in Sachsen vorigen Winter agitierte.

Daß also Männer ihre beste Kraft und Zeit opferten und die ehrlich verdiente Entschädigung annehmen, wird ihnen jetzt von demselben Manne zum Vorwurf gemacht, der sie einstmals selber schickte und dafür, daß sie die, wenig Erfolg versprechende Mission übernahmen, in seinem Blatte nicht genug zu loben

wußte! Diese Art, gebrachte Opfer zu lohnen, muß sehr aufmunternd für diejenigen sein, die heute „agitiren“, um von dem wankenden Anhang noch zu halten, was zu halten ist.

Sehr ergötzlich zu lesen ist, wie Dr. Schweiger in Berlin im „Sozialdemokrat“ gegen Liebknecht und Bebel zu Felde zieht. Diese beiden sind in seinen Augen die Hauptstörkräfte, die je eher je lieber gekent werden müßten. Getreue Anhänger des Hrn. Dr. Schweiger müssen sich die beiden Genannten als den leibhaftigen „Gottseibeins“ vorstellen, so schauerlich ist das Gemälde, das Hr. Dr. Schweiger von ihnen entrollt. „Neulich“, lautet eine „Enthüllung“ die Hr. Dr. Schweiger in der letzten Sonntags-Nummer des „Sozialdemokrat“ seinen erstarrten Anhängern in einem Briefe aus Magdeburg mittheilt, „waren diese beiden Herren sogar hier und haben Verschwörungen gegen unsern verehrten Präsidenten angezettelt.“ Es werden dann mehrere Männer in Altona genannt, die eine „Menge Briefe und Zusendungen der Herren Liebknecht und Bebel“ empfangen haben sollen, und diese werden aufgefordert, diese Briefe zu veröffentlichen. Die Denunzianten in Altona werden nicht schlecht sich die Augen gerieben haben ob dieser Aufforderung, denn sie haben nie eine Zeile, noch sonst eine Zusendung von Liebknecht und Bebel empfangen. Es ist zum Lachen, mit welchen Mitteln Herr Dr. Schweiger seine Anhänger der andern Seite fern zu halten sucht; nun, helfen wir's ihm nichts, er ist ein gestürzter Mann und Niemand kann ihn wieder aufrichten.

Aus Erbach im Rheingau ist der Redaktion des „Demokratischen Wochenblattes“ folgendes Schreiben zugegangen:

Indem bis Ende Juli ein Congreß sämtlicher bis jetzt getrennten sozial-demokratischen Arbeitervereine stattfindet, fordern wir alle Parteigenossen und Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins auf, dem jetzt neubegründeten Verein unter dem Präsidium Schweiger nicht beizutreten, sondern dahin zu wirken, daß der Congreß so zahlreich besucht wird als möglich, und sich bis dahin neutral zu halten.

Ferner erklären wir, daß Herr v. Bonhorst immer noch der alte Sozialdemokrat ist wie auch früher, und nicht, wie Schweiger erklärt, ein zur Volkspartei Abgefallener, möchten aber den Herrn Schweiger bitten, uns zu berichten, inwieweit Herr v. Bonhorst von dem Verein gelebt haben soll.

Im Auftrag der hiesigen Mitgliedschaft
Johann Jos. Rowald.

Von Hrn. Th. York in Harburg, dem Präsidenten des (Schweiger'schen) Gewerkevereins Deutscher Holzarbeiter ist uns folgendes Schreiben zugegangen:

Der „Sozialdemokrat“, das Organ des Hrn. Dr. Schweiger, verbreitet in seiner letzten Nummer eine so kolossal merkwürdige Notiz aus Harburg, daß ich nicht umhin kann, für unsere auswärtigen Parteigenossen die Sache etwas aufzuklären.

In Harburg wurde am 4. Juli ein großes Arbeiterfest (Umzug der verschiedenen Gewerke durch die Stadt, große Feste im Freien und Festball in drei Sälen) gefeiert. Um diesem Feste recht großartige Dimensionen zu geben, hatte ich es unternommen, persönlich dafür einzutreten, und die Comité- und Festleitung in die Hand genommen. Am Donnerstag den 1. Juli war die letzte Comité-Sitzung, in der ich unbedingt anwesend sein mußte, weil ich eben die intellektuelle und sachliche Leitung in der Hand hatte, und mein Fortbleiben in dieser Sitzung gleichbedeutend mit einer vollständigen Auflösung des Comités und einer schweren Schädigung des Festes gewesen wäre. Dies wissend, benutzten einige Personen, die einen rein persönlichen Groll gegen mich gehabt hatten, diesen Umstand, um ihr Licht hinter meinem Rücken leuchten zu lassen, und beriefen eine Mitgliederversammlung des aufgelösten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zur selben Stunde, wo die Comité-Sitzung stattfand, obgleich in einer eben solchen Versammlung 4 Tage vorher beschlossen worden war, von der Präsidentenwahl Abstand zu nehmen und den Verlauf der Bewegung ab-

*) ein lateinisches Wort: Verzeichniß. So nennt man das Verzeichniß der von dem Papst verbotenen Bücher.

zuwarten. Jene Leute beriefen diese Versammlung, obwohl sie überzeugt waren, daß ich mein Versprechen, vor dem Feste nichts unternehmen zu wollen, was irgendwie dasselbe beeinträchtigen könnte, redlich halten würde. Wenn nun in dieser sogenannten Mitgliederversammlung Herr von Schweizer „einstimmig“ gewählt worden ist, so hat dies durchaus keine Bedeutung, denn in dieser Versammlung waren nur 27 Personen anwesend, und mindestens 20 davon haben den Herrn von Schweizer nur gewählt, weil, — nun „weil's weiter keinen Zweck hat“.

Hier kann ich nicht umhin, einem Geniestreich des Herrn Liebisch aus Hamburg die verdiente Anerkennung zu verschaffen. Herr Liebisch, der, wer weiß auf welche Weise, von der stattfindenden Comité-Versammlung Kenntniß erhalten hatte, war extra nach Harburg gereist, um durch den hiesigen Bevollmächtigten der Schneider, H. Buchholz, in dem Comité den Antrag stellen zu lassen, mich aus dem Comité zu entfernen, denn dann würden mindestens 600 Hamburger das Fest besuchen, während, wenn ich in dem Comité bliebe, Niemand kommen würde. (Zu welchen Schurkenstreichen doch gewisse Leute fähig sind.) Natürlich wies das Comité dieses Ansuchen als eine unerhörte Gemeinheit, ohne darüber abzustimmen, zurück, und Herr Liebisch, der am Sonntag doch noch hier war, und Herr Liebisch, der im Comité blieb, wird sich wohl aus der hier obwaltenden Stimmung überzeugt haben, daß es mit dem für mich verlorenen Boden, wie das Organ des Herrn von Schweizer den Arbeitern vorzulegen sich bemüht, wenig auf sich hat und daß auf dem „verlorenen Boden“ die jesuitischen Schliche und Ränke durchaus keinen Boden finden.

Harburg, 5. Juli 1869.

Th. York.

Folgender Brief wurde anlässlich des Mainzer Arbeitertags von dem Vorsteher der Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins in Freiburg im Breisgau geschrieben:

Freiburg, 4. Juli 1869.

Herrn L. von Bonhorst zur Zeit in Mainz.

Ich bin vollständig einverstanden mit dem Kampfe gegen den Arbeiterkaiserismus, den Schweizer durch seinen famosen Staatsstreich mittelst des allgemeinen Stimm- und Wahlrechts genau nach dem Vorbilde des zweiten Dezember organisiert hat, und ich lebe der Ueberzeugung, daß, wenn dieser Kampf der ehrlichen und denkenden Demokraten gegen den Arbeiterkaiser in Berlin auch mit nicht viel mindern Schwierigkeiten verbunden sein wird, als jener der Freiheitsmänner in Frankreich gegen den Despoten in den Tuileries, die Vernunft und Wahrheit doch siegen muß, wie es auch über dem Rhein zu tagen anfängt. Die Gleichartigkeit beider Systeme geht bis ins Lächerliche: der Kaiser in den Tuileries pocht auf den Willen des Volkes, der in Berlin gerade so, aber beide fälschen und verwirren die öffentliche Meinung, Genies im Schwindel wie sie sind, durch den großartigsten Aufwand von Sophistik und Phrasendrescherei; der Kaiser in den Tuileries betont fortwährend die Nothwendigkeit einer starken Staatsmacht, der in Berlin die Nothwendigkeit einer strikten Organisation, aber beide verstehen darunter nichts anderes, als die unumschränkte persönliche Herrschaft — l'état, c'est moi, das französische Volk bin ich, die Sozialdemokratie bin ich; von Kaisers Gnaden kommt das bische Freiheit, das die Franzosen besitzen, ein Geschenk des Allmächtigen, von Schweizer's Gnaden wird der Bruchtheil der in Barmen-Elberfeld gemachten Ergründungen kommen, welchen er den schlau in seinen Saal escamotirten Arbeitern zu gewähren mit der Zeit beruhen wird; in den Tuileries regiert ein Weib, dem man aber doch noch ein gutes Leumundzeugniß ausstellen könnte, am Hofe des Arbeiterkaisers in Berlin ebensfalls ein Weib, das aber ein halbwegs anständiger Mann nicht gern mit Namen nennt. Mit Staunen muß man sich fragen: ist es denn möglich, daß die Arbeiter, die auf politischem wie auf allen andern Gebieten der weitgehendsten Freiheit huldigen, sich unter der Phrase der Organisation einen Despotismus auf den Hals laden, wie er wohl noch in China und Japan,

in Europa aber mit Ausnahme Frankreichs nicht mehr vorkommt? Bedingt denn eine gute Organisation, die gewiß nothwendig ist, die unumschränkte Alleinherrschaft eines Dalai-Lama, der mit seinen Machtprüchen über die ganze Partei disponirt? Ich denke nicht, und zu dieser Ueberzeugung wird jeder Arbeiter kommen, der nicht lediglich unter den ausgetretenen Phrasenpantoffeln Schweizers steht, sondern selbst zu denken sich entschließt. Ja, denken! Das darf der ächte Schweizerianer bei Leibe nicht. Der „Social-Demokrat“ muß seine Bibel sein. Die Phrasen des Präsidenten muß er gut auswendig lernen, aber bis hierher und nicht weiter! Daher der Jubel des Arbeiterkaisers, daß die „Nichtarbeiter“, daß alle jene Leute, die selbstständig zu denken gewohnt sind, ihren Austritt erklärt haben; aber man muß gestehen, daß dieser Jubel im Widerspruche mit Schweizer's sonstigem Gebahren ganz un diplomatisch ist, denn er verräth das unehrliche Spiel, das dieser Mensch mit den Arbeitern zu treiben vorhat. Und es verräth auch die ganze Gemeinheit dieses Glenden, famösen Angedenkens vom Schloßgarten zu Mannheim, daß er solchen, welche ihre ganze Zeit und ihre Intelligenz dem Dienste der Arbeitersache gewidmet haben, hintennach die erhaltenen Entschädigungen wie Almosen vorräth. Entweder haben diese bekommen, was ihnen gehörte, und dann ist dieses Vorrücken eine Schlechtigkeit sonder Gleichen, oder aber mehr, und dann ist der Präsident mit der Arbeiterkasse unehrlich umgegangen. Wie verhaßt dem H. Schweizer jene „Nichtarbeiter“ übrigens sind, welche sich ihm nicht mit Leib und Seele verkauft haben, habe ich erfahren: zwei Monate sind es, seitdem ich hier zum Bevollmächtigten gewählt wurde, ein Monat, seitdem die hiesigen Mitglieder den Präsidenten unter Abgabe eines regelrechten Vertrauensvotums um die Bestätigung mahnten, aber bis heute ist noch keine Antwort gekommen. Es ist nun keine mehr nothwendig, denn ich habe es mir von jetzt an zur Aufgabe gemacht, zur wahren Aufklärung der Arbeiter in jeder Beziehung mitzuwirken, was mir bei dem Schweizer-Sonderbund nicht möglich wäre, und ich schließe heute mit dem Ruf an die Arbeiter Deutschlands: Es lebe die Organisation, aber nieder mit der Willkürherrschaft, nieder mit dem Dalai-Lamathum!

Freiburg, 4. Juli 1869.

Mit social-demokratischem Gruß
Rüdy.

Vororts- und Arbeiter-Angelegenheiten.

An unsere Verbandsgeossen!

Für den 7., 8. und 9. August dieses Jahres ist der sozial-demokratische deutsche Arbeitercongreß nach Eisenach einberufen, bei dem sich unsere Verbandsgeossen zweifellos zahlreich betheiligen werden. Dies veranlaßt uns, gleichzeitig auch den

sechsten Vereinstag unseres Verbands,

nach Eisenach einzuberufen und zwar auf Montag, den 9. August d. J.

Die Tagesordnung bildet: 1. Bericht des Vororts, 2. die Frage: Welche Stellung soll der Verband zu der neuen Organisation der social-demokratischen Partei einnehmen? event. Auflösung des Verbands.

Die übrigen Punkte, welche wir Anfangs für die Tagesordnung des Vereinstags festgesetzt hatten: Direkte Gesetzgebung durch das Volk, die politische Stellung der deutschen Sozialdemokratie, die Frage der Volkserziehung in Beziehung zum Militärwesen und die Gewerksgeossenschafts-Angelegenheit, werden durch die Tagesordnung des social-demokratischen Congresses bereits erledigt. Wir fordern unsere Verbandsgeossen auf mit aller Kraft dahin zu wirken, daß kein Ort auf dem Arbeitercongreß und dem Vereinstag unwerteten bleibe. Reichen die Kräfte und Mittel des einzelnen Orts nicht aus, schicken die Kräfte und Mittel zu schicken, dann mögen die selbstständig einen Deputirten zu schicken, dann mögen die Nachbarorte zusammentreten und gemeinschaftlich einen Depu-

tirten senden. Zeige der Arbeiterstand, daß er auch ein außerordentliches Opfer zu bringen weiß, wenn es gilt ein großes und erhabenes Ziel zu verwirklichen.

Leipzig, den 8. Juli 1869.

Mit sozial-demokratischem Gruß und Handschlag

Der Vorort:

Bebel, Vorsitzender. Baer, Schriftf. Hadlich, Kassirer. Ulrich, Martin, Thebus, Schmalz, Beißer.

Unserer Aufforderung, der Einberufung eines allgemeinen sozial-demokratischen Arbeiter-Congresses beizustimmen, sind weiter nachgekommen: Genf und zwar die Redaktion des „Felleisen“. A. Gögg, das Central-Comité der deutschen Arbeiter-Vereine der Schweiz: Quind, Hofener und Arnold. Zürich: Dr. A. Labendorf, Redakteur des „Felleisen“, H. Greulich, Beuß und Seelos. Ferner: Apolda, Aalen, Gaimichen, Thurm, Burgstadt, Lugau, Graz, Göppingen (Landeskomité der württembergischen Arb.-Bild.-Vereine), Reutlingen, Tuttlingen, Giengen i.B., Zell, Rottweil, Barmen-Elberfeld, Bielefeld.

Genf, 28. Juni. Die letzte Generalversammlung der hiesigen Sectionen des „Internationalen Bundes“ hat eine zweite Adresse an den Staatsrath gerichtet, in der sie nachdrücklich gegen das willkürliche Vorgehen der Polizei und der Behörden überhaupt protestirt und eine strenge Untersuchung verlangt. Am Schluß widerspricht die Adresse energisch der vielfach ausgebreiteten Behauptung: der „internationale Bund“ arbeite auf den Untergang der Republik los, keine der Klassen der Bewohner Genfs und der Schweiz sei dieser treuer ergeben als gerade die arbeitende, welche stets zu jedem Opfer für die Verteidigung der Republik bereit gewesen und noch heute bereit sei.

Der hiesige Buchdruckers Strike ist vollständig beendet. Die Arbeiter, welche nicht bei der „Suisse radicale“ (einer Zeitung, die den gewünschten Lohnsatz angenommen hat) ein Unterkommen finden konnten, sind entweder abgereist oder haben sich zu einer Genossenschafts-Buchdruckerei verbunden. Aus den Statuten der Genossenschaft geht hervor, daß die besagte Druckerei Eigenthum des alten Typographenvereins, welcher Strike gemacht und für diesen Zweck noch einige Tausend Franken von dem ursprünglichen Fond von 8000 Fr. erübrigt hat, bleiben soll. Der Rest des auf 30,000 Frs. veranschlagten Kapitals soll durch Abkauf von 50 Franken-Actien gedeckt werden. Schon sind 8000 Fr. gesammelt und es wird die vor kurzem geschlossene und sehr gut eingerichtete Druckerei der Witwe Blanchard angekauft. Madame Blanchard verlangt 12,000 Fr., in Raten zahlbar; es ist also gegründete Aussicht vorhanden, daß in der Schweiz Genf die erste Genossenschafts-Buchdruckerei haben wird.

Graz, 1. Juli. Am 21. Juni tagte hier die stärkste Volksversammlung, die Graz je gesehen. Ueber 2000 Menschen waren anwesend, viele Hunderte mußten wegen Mangel an Raum umkehren. Die Bundsgänger Bierhalle war Versammlungsort. Die Tagesordnung bildete: 1) Die Arbeit in den Strafhäusern, welche einem Consortium von Großindustriellen zur Ausbeutung übergeben werden sollen; 2) gänzliche Aufhebung des Concorats; 3) freies Vereins- und Versammlungsrecht; 4) allgemeine Kranken- und Invalidenkasse; 5) allgemeine Anträge.

Alle gestellten Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Die Grazer Sozialisten sind nur Arbeiter, welche auch in dieser großen Versammlung allein das Wort führten, die anwesenden Doktoren und Angehörige der sogenannten höheren Stände sprachen nicht, wahrscheinlich paßte ihnen Manches nicht in den Kram, doch haben auch sie den Rednern Beifall gezollt.

Dresden, 4. Juli. Gestern fand in hiesigen Arbeiter-Bildungsverein eine Besprechung der Vorlage des Vororts, die Reorganisation des Vereinsverbandes betreffend, statt. Man erkannte an, daß eine Reorganisation nöthig sei, es wurde aber geltend gemacht, daß angesichts der Vorgänge im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein zuerst in dieser Beziehung eine Abklärung der Sachlage stattfinden müsse, um womöglich eine Vereinigung der ganzen sozial-demokratischen Partei zu erzielen und wurde deshalb folgende Resolution mit großer Mehrheit angenommen:

Der Verein geht zur Zeit über die Vorlage des Vororts zur Tagesordnung über, erklärt aber seine Bereitwilligkeit, das Project eines sozial-demokratischen Arbeiter-Kongresses zum Zweck einer Vereinigung der gesammten ehrlich-sozialistischen Arbeiterpartei thätig zu unterstützen.

Reichenberg, 26. Juni. Vor einem halben Jahr (s. N. 52 d. D. B. vom vorigen Jahr) fand ein kurzer Bericht von hier. Ich muß heute zu meinem tiefsten Leidwesen berichten, daß sich die damaligen Voraussetzungen als eben so viele Trugschlüsse erwiesen haben.

Ich will versuchen, Ihnen in gedrängtem Rahmen ein getreues Bild der Gesellschaft zu geben, welche hier unter den Namen „Industrieller Bildungsverein“ die Interessen der Arbeiter mit Füssen tritt.

Es war der erste Arbeiter-Verein in Oesterreich und der Zweck des-

seelen „moralische und intellektuelle Bildung“ mit Ausschluß von Politik und Religion.

So lange die eigentlichen Gründer (es waren meist Arbeiter, etwas wenig Kleinmeister) im Verein thätig waren, konnte der Präses (wie der Vorsitzende genannt wird) und die Clique der Fabrikanten nicht viel ausrichten. Es hatte sich eine stramme Opposition gebildet, welche jedoch den Fehler beging, wegen eines zweimal zur Abstimmung gebrachten Antrags auszuweichen. Seit dieser Zeit (es sind drei Jahre) ist der Präses — der Brave heißt Dr. Wilhelm Herzog, das Gesicht des Vereins und wehe demjenigen, welcher an der Unfehlbarkeit dieses Mannes zweifelt.

Daß sich wieder eine Partei bildete, welche, mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden, den Muth besaß, dagegen zu sprechen, datirt erst seit seinem halben Jahre. Um diese Zeit trat Einfender dieses dem Verein bei, und versuchte die Unzufriedenen zu vereinigen. Wir bildeten einen sozial-demokratischen Club. Hier zeigte sich aber noch sehr viel Unklarheit und Mangel an Thätigkeit. Ich war für ein Programm, welches die Grundsätze der Sozialisten enthielt, und für Satzungen, welche kurz und bündig den Zweck unseres Zusammenstehens ausdrückten. Warum sollte man auch das Licht scheuen, wenn man recht hat?

Die trockenen Wahrheiten, welche mein erstes Statut enthielt, wurden unbarbarisch gestrichen, so daß am Ende nur noch ein Geschreibsel vorhanden war, welches so viel wie Nichts sagte. Man fühlte dies auch heraus und ich wurde angegangen, ein neues Statut mit Programm einzubringen. Es war zur Zeit, als uns die Reichenberger (Bourgeois) Zeitung nach einer Leipziger Correspondenz wegen „Programmllosigkeit“ anhielte. Da jedoch schon beim ersten Punkte die Kunst des Streichens wegen „zu großer Schärfe“ wieder in Anwendung gebracht wurde, zog ich meine Vorlage zurück. — Sollte es ein Fehler sein? — Seit der Zeit fristet der sozial-demokratische Club kümmerlich sein Dasein mit dem alten Geschreibsel!

Es sind dies höchst traurige Aussichten!

Unser Verhältniß dem Vereins-Pöbel gegenüber spitzt sich von Tag zu Tag mehr zu. Insbesondere habe ich mir unter den Philistern des Vereins unverböhnliche Feinde geschaffen, so daß sogar die Frage ventilirt wurde, mich als Wähler und Revolutionär aus dem Verein zu stoßen. — Der Boden für einen neuen Arbeiterverein wäre vielleicht jetzt günstiger als vor einem halben Jahre, besonders seit den Bränner Ereignissen, doch es fehlt an befähigten Männern, die wenigstens über ein Quantum Zeit verfügen könnten.

Was kann aber ein halbes Duzend Fabrikarbeiter bei 12–13stündiger Arbeitsdauer thun? Man kommt ermüdet nach Hause, mit genauer Noth, daß man zeitweilig Freunde besucht, Zeitungen liest, einen Brief schreibt u. s. w. — Ein zweiter Punkt ist die Geldfrage! Ein Arbeiter in hiesiger Gegend verdient nicht viel („s“ macht die mangelhafte gewerbliche Bildung“ sagt unser Präses) und gibt erst dann Geld aus, wenn der Vortheil auf der Hand liegt. — Was habe ich schon agitiert für die Verbreitung von Arbeiterzeitungen, leider mit geringem oder gar keinem Erfolge.

(Wir rathen unserem Correspondenten ungesäumt die Gründung eines neuen Arbeitervereins in die Hand zu nehmen. Der Boden ist unzweifelhaft günstig, und daß es an befähigten Männern nicht fehlt, dafür legt obiger Bericht das beste Zeugniß ab. D. Red. d. D. B.)

Verschiedene Berichte mußten wieder wegen Mangel an Raum zurückgestellt werden. Ein Bericht aus Berlin über eine Versammlung, die am vorigen Sonntag dort stattgefunden und von unseren Parteigenossen einberufen war, von den Anhängern Schweiger's aber gestört wurde, ist uns für diese Nummer zu spät zugegangen.

Anzeigen.

Der Thüringer Volksbote.

Demokratisches Organ des Thüringer Wahlvereins erscheint jede Woche einmal in Jena und kostet pro Quartal durch die Post bezogen nur 5 Sgr. Bei direkter Bestellung von mindestens 5 Exemplaren sendet die Expedition das Blatt portofrei zu.

Der „Thüringer Volksbote“ kämpft mit Entschiedenheit für den demokratischen Volksstaat. Er bekämpft das persönliche Regiment, den Beamten- und Militärstaat, den Scheinliberalismus des Staates und der Parteien. Nur in der selbstthätigen Theilnahme an der untrennbaren Lösung der sozialen und politischen Aufgabe sieht er das Volk wieder erheben und — mit dem Vertrauen auf sich selbst — Freiheit, Recht und Einheit erringen.

Die Expedition des Thüringer Volksboten.

Warnung!

Wir warnen alle Arbeiter-Vereine vor der Aufnahme des Tuchmachers Friedrich Dörfling aus Neumünster in Holstein.

Derselbe, seitler Mitglied unseres Vereins, hat Voetsnek heimlich verlassen, ohne ein aus der Bibliothek entliehenes Buch — die Gerichtshalle — abzugeben.

Der Arbeiter-Bildungsverein in Voetsnek.

Zur Klärung und Einigung.

(In Sachen der Allg. Deutschen Lehrerversammlung.)

Dem Herrn Jul. Beeger gewidmet.

Sehr ungern habe ich mich zu diesen Worten der Erwiderung entschlossen. Mögen sie in dem Geiste der Versöhnlichkeit aufgenommen werden, dem sie entquellen.

Sie haben mir, Herr Beeger, „vollkommene Unbekanntschaft mit den betreffenden Verhältnissen“ vorgeworfen, als ich bemüht war, in flüchtigen Strichen die Allgemeine Deutsche Lehrerversammlung zu Kassel als eine scheinfreiinnige zu bezeichnen. Die „Personalangaben“ sollen „auf Irrthum beruhen.“ Vor allem ist es Panitz, der von mir falsch beurtheilt worden wäre und für den Sie eine Lanze einzulegen für nöthig fanden. Bleiben wir bei ihm stehen. Zuvörderst möchte ich mich dagegen verwahren, als ob ich Panitz in Verbindung mit der „Allgem. Deutschen Lehrzeitung“ gebracht hätte. Sehr wohl ist mir bekannt, wie gerade die unter wesentlicher Mitwirkung von Panitz erscheinenden „Leipziger Blätter für Pädagogik“ in mehrfacherem Gegensatz zu der „Allg. D. Pkzt.“ stehen, ja schon öfter mit dieser in Fehde gelegen haben. Des Streites z. B. zwischen Panitz und Bornemann sei vorübergehend gedacht. Aber Eines bleibt deshalb doch nicht weniger gewiß: Panitz gehört zu den pädagogischen National-Liberalen, (wenn Sie auch, Herr Beeger, diese Bezeichnung in dem „Wegweiser“ mit einem ? versehen haben), abgesehen davon, welcher politischen Farbe er anzugehören sich den Anschein gibt.* Suchen wir darüber klar zu werden. Wollen Sie, Herr Beeger, in der Nummer 30 vom vor. J., der „Allg. Deutschen Lehrzeitung“, die in Leipzig erscheint und deshalb nach wie vor von mir nicht zu den Dresdner, sondern den Leipziger Blättern gerechnet wird, die zu Kassel gehaltene Rede des be- regten Pädagogen und nunmehrigen Kammerdeputirten nachlesen und die Stelle beachten:

„Wenn wir es freudig begrüßen, daß der größte nord-deutsche Staat die von der Geschichte ihm vorgezeichnete Bahn wieder betreten und seine nationale Aufgabe erkannt hat, so können wir doch nicht anders sagen als: Für die deutsche Schule ist von diesem größten deutschen Staate nur Heil zu erwarten, wenn er sein Konfordat, die Regulative von sich thut; wenn er Deutschland nicht bloß das Schwert, sondern auch die Fackel des Geistes wieder voranträgt.“

Und nun sagen Sie mir noch einmal, ich habe Gespenster heraufbeschworen; man solle sich vor allem an die „ausgesprochenen“ Nationalliberalen halten. Gibt's denn noch etwas „Ausgesprocheneres“ als jenes Bekenntniß? Ist sie denn nicht klar wie das Licht heraustretend, jene unsinnige Zweifels- theorie: in demselben Athemzuge Zustimmung zu der Bismarck- schen Politik und Kampf gegen Mühler? Kennen Sie deshalb den Mann „freisinnig“; dafür halten sich die Braune und Con- sorten auch, wenn sie tapfer auf Eulenburg und v. d. Heydt stürmen; aber ein Demokrat kann der nicht sein, welcher nach 1866 davon reden mag, daß Preußen seine „nationale Aufgabe“ erkannt habe. Oder läßt sich diese Schlussapostrophe auch anders übersetzen, als in den Stoßseufzer der reichstägligen Majorität: ein wenig mehr Freiheit im Innern wäre möglich; aber am Militäretat dürfen wir nicht rütteln!

Und wie herrlich es sich trifft. Da lese ich eben das jüngste Elaborat eines andern Helden und beständigen Sprechers auf den Allgemeinen Deutschen Lehrerversammlungen. W. Lange sagt in den „Rheinischen Blättern“ Januar-Februar 1869:

„Die da bei uns stehen am starken Ruder, berufen uns zu schützen und zu schirmen; sie warten selbstbewußt der kom- menden Dinge, ihre Ruhe giebt Vertrauen in unsre Herzen. Hoffen wir, daß die da oben nicht allein sich stützen auf des Schwertes Spitze, sondern auch auf die Macht des Zeit- gedankens.“

*) Ist in Leipzig bei den letzten Landtagswahlen von den Na- tionalliberalen (Wiedermann und Consorten) als Candidat auf- gestellt und gewählt worden. (Die Red.)

O du siamesisches Zwillingsspaar: Panitz-Lange! Und wer- den Sie mir es noch verargen, Herr Beeger, wenn ich eine Versammlung, in der solche Männer die Koryphäen sind, und derartige Aussprüche mit Beifall begrüßt werden, durchaus nicht von demokratischem Hauche belebt finden kann? Von Mini- steriumscandidaten, welche auf einseitiges constitutionelles Regiment rechnen, um dann ihre Weisheit als andere Regulative gesetz- lich aufzubürden, wäre diese Sprache begreiflich. Aber ein Mit- bauen an der Volksschule der Zukunft ist von ihnen nicht zu verlangen. Wer freiheitliche Reformen begehrt, aber zu- gleich es nicht unterlassen kann, der Fidelhaube die Reverenz zu machen; wer es nicht fassen will, daß Bismarck's Erfolge nur Mühler's Bemühen zu verdanken sind, daß die Volks- bedrückung stets die Volksverdummung zur Voraussetzung hat, der mag sich der Volkspartei fern halten. Er hat kein Ver- ständniß für ihre Ziele.

Ein anderes freilich ist es, ob es von der noch so sehr jungen radikalen Partei unter den Schulmännern klug gehan- delt ist, Männer anzugreifen, die denn zur Zeit immer noch manchen guten Dienst leisten können, indem sie, wenn auch niemals geeignet, die volle Freiheit zu erringen, doch kleine Abschlagszahlungen an maßgebender Stelle befürworten werden. Mag es Andern so scheinen. Ich bin nun einmal ein Feind von Abschlagszahlungen! Und dann fürs zweite habe ich für meine Person allein den Feldzug eröffnet. Erhalte ich Mit- streiter, so sind sie freudig willkommen; wenn nicht, so maße ich mir niemals an, der Vertreter der pädagogischen Demo- kratie sein zu wollen. Ich habe auch kein Concessionsbureau und Patentverleihungsamt für dieselbe übernommen, Herr Beeger!

Schließlich noch eins. Sie sind für Panitz eingetreten, dessen ich eigentlich nur so nebenbei unter den übrigen Rednern auf der Kasseler Versammlung erwähnt habe, und nannten meine Angaben „völlige Unkenntniß“ verrathende. Wollen Sie mir erlauben, meine vor gerade einem Jahre ausgesprochenen An- sichten über den Ausgang der diesjährigen Berliner Versamm- lung denjenigen von Panitz in den „Blättern für Pädagogik“, 1868 Band 2, Heft 4 Nr. 5 (die ich mir also doch wohl gelegentlich angesehen habe) gegenüber zu stellen. Sie sollen mir nicht Anerkennung meiner Weissagungsgabe zollen — ich halte nicht viel vom Prophetismus; aber das Wort „völlige Unkenntniß“ möchte ich nicht auf mir sitzen lassen, und gegen den Herrn Panitz würde ich Sie gern ein wenig aufheben. Dieser constitutionelle Politiker schreibt: „Wenn in Berlin die Gegner der Versammlung nicht kommen und reden, dann haben sie sicher ihre Sache aufgegeben“ — und aus dem ganzen Re- ferat über die Kasseler Versammlung geht seine siegesfreundige Hoffnung auf den Berliner Lehrertag zur Evidenz hervor. Das von mir gestellte Horoskop lautete („Dem. Wochenbl.“ Nr. 27 vom Jahrg. 1868): „In Berlin wird der Rebeschluß im reich- lichen Sande der Spree verrinnen und diese Lehrerversamm- lung (d. h. unter den alten Leitern und mit der in Kassel kundgegebenen Tendenz) kann zur ewigen Ruhe eingehen.“

Und welches Urtheil hat unser Saß in der Nummer 23 Ihres eignen Blattes über die nunmehr stattgehabte Versamm- lung gefällt?

„Sie ist nicht vom rechten Geiste erfüllt gewesen und darum war sie ein tönendes Erz, eine klingende Schelle.“

Hoffen wir auf Wien, aber lassen Sie mich noch einmal prophezeien: Es wird nicht eher mit den Allgemeinen Deutschen Lehrerversammlungen besser werden, als bis die unklare Hefe halber flauer Liberalität ausgeschieden ist; bis — ich muß darauf be- harren — statt aller Panitze eine entschiednere Richtung die Zügel an sich genommen und die Majorität erlangt haben wird.

Wenn wir uns jetzt geeinigt oder doch verständigt hätten, würde die Absicht dieser Zeilen erreicht sein.

W. Herold.

Contra Schweizer-Haefeldt (Mende).

Die aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein Ausgeschiedenen geben ein wöchentlich erscheinendes „Flugblatt“ heraus, durch welches sie bis zum Congreß den Zusammenhang unter sich und mit den übrigen Parteigenossen erhalten und den Umtrieben Schweizer's entgegenzutreten werden. Die erste Nummer trägt folgenden Aufruf an der Spitze:

Parteigenossen!

Dem einzuberufenden allgemeinen Congreß der social-demokratischen Arbeiter Deutschlands liegt eine Idee zu Grunde, ohne deren Verwirklichung die Partei zur ewigen Ohnmacht verdammt ist, die Idee nämlich: eine Vereinigung der gesamten social-demokratischen Arbeiter Deutschlands in einer einheitlichen Organisation herbeizuführen.

Wie diese Organisation beschaffen sein muß, wird sich auf dem Congresse finden, so viel ist aber gewiß, daß die dem Congresse zu Grunde liegende Idee siegen wird und siegen muß.

Auf denn, social-demokratische Arbeiter, laßt Euch nicht mehr von gewissenlosen Menschen gegen einander hegen, sondern reicht einander die Bruderhand, ob Ihr bisher in den beiden allgem. deutschen Arbeitervereinen, ob Ihr in der internationalen Arbeiter-Association oder in dem Verbande deutscher Arbeitervereine, ob Ihr in den österreichischen und Schweizer Vereinen oder unsererthalben in der sächsischen Volkspartei gestanden habt.

Blicket nicht hin auf Eure Vergangenheit, blicket hin auf die Zukunft! Laßt den alten, jahrelangen Hader und Zwiespalt ruh'n; heute gilt es, Arbeiter, herzustellen die ganze, die volle Einheit der Partei!

Ein Schurke, wer — mag es sein, wer es will — diese ganze volle Einheit der Partei zu verhindern sucht!

Wie sollen sich die „Proletarier aller Länder vereinigen“ können, wenn ihr noch in einem Lande den verabscheuungswürthesten Krieg untereinander führt?

Auf denn, social-demokratische Arbeiter, es gilt ein männliches, ein für die Sache der Arbeit segensreiches Beginnen! Der Sieg muß unser werden!

Auf zum Congreß!

Es ist durchaus nothwendig, daß die Parteigenossen bei den Statt findenden Kämpfen mit den Agitatoren des Herrn v. Schweizer das Augenmerk stets auf die Hauptfragen richten, auf die Fragen nämlich, ob es außer dem jetzigen Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein noch Social-Demokraten giebt, ob man es für nothwendig hält, mit diesen eine Einigung, also die einheitliche Organisation der gesamten Partei herbeizuführen, und ob der Congreß hierzu der rechte Weg ist. Die Personenfragen sind durchaus Nebensache. Erkennen die Arbeiter an, daß es in Deutschland außerhalb des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (in der Internationalen Arbeiter-Association, in dem Verbande deutscher Arbeitervereine, in den österreichischen und den schweizer Vereinen u. s. w. u. s. w.) ehrliche Social-Demokraten giebt, erkennen sie ferner an, daß eine einheitliche Organisation aller dieser, bisher in verschiedenen Fractionen getheilten Glieder einer Partei nöthig ist, und halten sie einen Congreß der gesamten Partei dazu für den rechten Weg, so ist es ihre Pflicht mit uns für Zustandekommen des Congresses zu wirken.

Dann können die Arbeiter auch keine Minute mehr mit Herrn v. Schweizer zusammengehen, der die übrigen Fractionen der Social-Demokratie in Deutschland haßt und mit der größten Erbitterung bekämpft, ja der sogar, allerdings in etwas verblümter Weise, in seinem Blatte die Internationale Arbeiter-Association angegriffen hat. Entweder Herr v. Schweizer hat Recht, dann muß man Alles bekämpfen, was nicht Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein ist, oder wir haben Recht, und dann muß mit allen Mitteln die Einigung der Partei erstrebt und Herrn v. Schweizer sein unsauberes Ver-

feindungshandwerk gelegt werden. Eins von beiden. Nun wählet, Ihr Arbeiter! (Flugblatt.)

Hamburg, 2. Juli. Der heutige „Social-Demokrat“ (No. 76) ergeht sich in den bekannten ungereimten Triumphgefrängen. Er führt eine Reihe von Orten auf, in denen für Dr. Schweizer gestimmt worden. Wie viele Stimmen vor Bekanntwerden unseres Hamburger Aufrufs abgegeben wurden, steht nicht dabei, und alle die, welche Herrn Dr. Schweizer den Rücken gekehrt haben, weil sie ihm und seinem, vorzüglich in jüngster Zeit gekennzeichneten Auftreten entschieden feind sind, werden nicht genannt. Eine große Anzahl Orte, an denen Mitgliedschaften des allgem. deutschen Arbeitervereins bestehen oder noch unlängst bestanden haben, blieben der Abstimmung fern und — vielfache Zuschriften an uns bekunden dies — werden nicht verfehlt, den am 25. Juli stattfindenden social-demokratischen Congreß zu beschicken. Was sollte auch jetzt seitens solcher Mitgliedschaften, seitens aller deutschen Social-Demokraten besseres gethan werden können, um ihre Entrüstung gegen das Personensystem des Herrn Dr. Schweizer und um ihre aufrichtige Hingebung für die auf internationaler Grundlage beruhende socialistische Arbeiterbewegung an den Tag zu legen? — Wie der „Soz.-Dem.“ in seinen offiziellen und offiziellen Artikeln bisher eine stets doppelzüngige Sprache führte, so auch heute. Die „Nichtarbeiter“ haben nach ihm das ganze Unglück verschuldet; ja wohl: die Nichtarbeiter Schweizer — Haefeldt — Mende, ein Kleeblatt, das sich wie ein Dämon vampyrartig auf's Herz der Arbeiterbewegung legte, um dieses Herz tödtlich auszusaugen und seine besten Kräfte schon frühzeitig tödtlich zu vergiften. Weil das Statut der Varmen-Elberfelder Generalversammlung noch nicht alt sei, darum hat es für diese Nichtarbeiter keine Bedeutung — als ob jenes Statut nicht das Resultat eines Jahre langen Ringens wäre, als ob es nicht am deutlichsten den geschichtlichen Proceß illustrierte, welchen der allgem. deutsche Arbeiterverein bis zum heutigen Tage durchlebt hat! Aber das schert jene „Bourgeois“ nicht, sie suchen in einer Flasche Champagner ihre Vergangenheit zu ertränken, karten das Spielchen ab und setzen dann das „souveräne Volk“ in Bewegung. Allein wie? Sie machen es den Mitgliedern unmöglich, sich mit einander über ihre Ansichten und Erwägungsgründe zu besprechen; sie unterdrücken jede gegentheilige Meinung; sie benutzen selbst das Geld der Vereinskasse, über die sie verfügen, um mit diesem Gelde ihnen gefügige Leute für ihre persönlichen Zwecke reisen und wirken zu lassen. Und später nennen sie dies „Agitation“! Wer dem gegenüber noch von einem „souverainen Volk“ sprechen kann, ist entweder ein Heuchler, ein Unwissender, oder auch er gleicht jenem Gefangenen, welcher sich nur dann am wohlsten fühlte, wenn er die Kette um den Hals trug. Der „Social-Demokrat“ versucht es, diese Kette um den Hals der deutschen Arbeiterbewegung immer fester zu schnüren, doch es soll ihm nichts nützen. Der Congreß wird diese Kette mit einem Ruck zersprengen und zwar auf Grund der Einigung jener radicalen Social-Demokratie, welche die Orthodoxie und den persönlichen Gott auch in der Kirche der Zukunft unansgesetzt zu befehlen entschlossen ist. Wohl wissen wir, um was es sich in der heutigen Arbeiterbewegung handelt, und weil wir dies wissen, weil wir dieselbe nicht an einzelne Personen knüpfen und schließlich an ihnen, die schon so manche Seitensprünge gemacht haben, zerschellen lassen wollen, deshalb unser Veto. Herr v. Schweizer übergeht heute unsern Hamburger Aufruf. Er drückt ihn nicht ab, es fehlt ihm an Raum. Aufgepaßt! Er steckt unsere Anlagen ruhig in die Tasche, er fühlt es selbst, daß er unsern Aufruf, der ihn voll und ganz entlarvte, nicht widerlegen kann. Sehr gut, denn mehr bedarf es nicht, um die übrigen Phrasen dieses Herrn in's rechte Licht zu stellen. Von Statutenbruch und den darumgeschlungenen sophistischen Deutungen des Herrn v. Schweizer brauchen wir nun nicht mehr zu reden; nur noch das Eine geben wir in diesem Punkte den Arbeitern zu bedenken: daß ein ehrlicher

Führer, ein es aufrichtig meinender Präsident eine solche Kontrolle, wie sie in Barmen-Elberfeld durch die Art der Zusammensetzung des Vorstandes geschaffen worden war, nicht fürchten, nicht hintergeht, nicht bekämpft. Wer solche Kontrolle fürchtet, der bricht über sich selbst den Stab. Wer sie hintergeht, der betrügt gleichzeitig das „souveraine Volk“, durch dessen Willen sie eingesetzt wurde. Streben wir darum, daß es besser werde und daß es mit solchem Präsidium zu Ende gehe. Auf dem Congreß muß dafür gesorgt werden — es lebe der Congreß!

August Geib.

Das nachfolgende Circular ist von Herrn Frißsche (Mitglied des Norddeutschen Reichstags und Präsident des Cigarrenarbeitervereins, der stärksten unter den ehemaligen Schweizer'schen Gewerkschaften) an alle Bevollmächtigte des allgem. Cigarren- und Tabakarbeiter-Vereins versandt worden:

Geehrte Vereinsgenossen! Es ist ein trauriger Act, der mich zu gegenwärtigem Schreiben veranlaßt. Seit Begründung des allgem. deutsch. Arbeitervereins bin ich in demselben und für denselben thätig gewesen und darf mich wohl der Hoffnung hingeben, daß ich während dieser Zeit hinreichende Beweise meiner Treue gegeben habe, so daß Niemand das Recht hat, an meiner politischen Ehrlichkeit zu zweifeln; und so kann ich denn auch getrostem Muths vor Euch treten mit der Erklärung, daß ich es mit meiner Ehre für unvereinbar halte, länger einem Vereine anzugehören, dessen höchste Spitze das heiligste Recht des Volkes, die Selbstbestimmung seiner Geschicke mittelst des allgemeinen gleichen directen Stimmrechtes, in unerhörter Weise herabwürdigt.

Nach der Barmen-Elberfelder Generalversammlung ließ Dr. Schweizer mittelst Urabstimmung das auf dieser Generalversammlung geschaffene Gesetz (Vereinsstatut) sanktioniren. Kaum zwei Monate sind vergangen und er ordnet über Nacht an, dieses Gesetz durch Urabstimmung zu verwerfen, nachdem er es selbst mit Füßen getreten. Es ist dies aber nicht der alleinige Grund, welcher mich zu dieser Erklärung veranlaßt, es giebt deren viele, unter denen ich nur noch den gewichtigsten hervorheben will.

In Berlin sollte der allgem. deutsche Arbeiterverein nach richterlichem Schiedsspruch aufgelöst werden, und daß auch das Obertribunal so entscheiden würde, wußte Dr. Schweizer. Darum löste er selbst den Verein auf und begründete einen neuen. Die Auflösung des Vereins gründet sich in der Hauptsache auf den Paragraphen der Statuten, welcher von den Ortskassirern handelt; davon leitete die Behörde ab, daß der Verein aus mehr oder weniger selbstständigen Vereinen bestehe. Der betreffende Paragraph aber war ganz derselbe, wie in dem jetzt wieder angenommenen alten Passalle'schen Statut.

Entweder ist das Gebahren Schweizer's eine Dummheit, weil er diesen Umstand außer Acht gelassen hat, denn der Verein kann jederzeit aufgelöst werden, und Dummheit in solcher Sache ist fast ebenso schlimm als politische Unredlichkeit, oder Schweizer wußte, die Polizei in Berlin, wohin der Sitz des Vereins verlegt ist, werde, trotzdem daß die Gerichte es als strafbar erklärt haben diesem Verein anzugehören, nicht gegen denselben einschreiten! —! Was soll aber dann ein ehrlicher Demokrat von Schweizer denken?

Bezüglich Schweizer's Haltung in den Arbeiterschafts-Verbandsangelegenheiten liegen ebenfalls Thatsachen vor, die mich schon im Interesse des allgem. Cigarren- und Tabakarbeitervereins nöthigen, mich von Schweizer vollständig zu trennen. Dem Ausschuss unseres Vereins werde ich den Antrag unterbreiten: „Keine Steuern an die Verbandskasse des Arbeiterschaftsverbandes zu lassen, so lange Schweizer Präsident des Arbeiterschaftsverbandes ist.“ Die Gründe werde ich dem Ausschuss vorlegen und hoffe, derselbe wird meinem Antrage beistimmen. Jetzt wird man sich auch erklären können, warum ich unsere Generalversammlung ersuchte, mir es zu überlassen den Zeitpunkt zu bestimmen, wann unser Anschluß an den Ver-

band stattfinden soll. Damals sah ich noch nicht völlig klar, heute sind mir die Augen völlig geöffnet.

Ich hielt es für eine unabwiesbare Pflicht, den Mitgliedern des allgem. Cigarren- und Tabakarbeiter-Vereins meine Stellung als Parteimann klar zu legen, und so sage ich Euch denn frei und offen, ich halte mich zu Bracke, Geib, Ellner und Genossen, gegen Schweizer!

Es lebe die ehrliche Social-Demokratie!

Berlin, den 1. Juli 1869.

F. W. Frißsche, Cigarrenarbeiter.

An die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins.

Freunde und Parteigenossen!

Der „Sozial-Demokrat“ brachte in Nr. 72 und 73 von voriger Woche Verläumdungs-Notizen über frühere Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins und nennt auch meinen Namen mit unter den „bestechlichen Subjekten“.

Ich wundere mich nicht darüber, daß Hr. Schweizer, dem ich seit der Erfurter Generalversammlung 1866 ein Dorn im Auge bin, mich so zu verdächtigen sucht. Die Agitationsgelder, die ich aus der Kasse des Vereins erhalten habe, stehen in jeder Cassenabrechnung vom Vereinskassirer; was ich aber durch meine Agitation verloren habe, kann mir ein Mann nicht ersetzen, der der Kasse des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins etwa 1200 Thaler schuldet, ohne überhaupt die Absicht zur Zurückzahlung irgendwie zu zeigen, ein Mann, der trotzdem er sich zu dieser Schuld in Hamburg und Barmen-Elberfeld protokollarisch bekannte, noch jüngst die Frechheit hatte, den protokollarischen Mitgliedern vorzuschwätzen, daß er bei der Vereinskasse mit 100 Thalern im Vorschuß sei! — Seine Vereins-Auflösungskomödien, die er immer von Neuem aufführt, wenn der Verein jedesmal stark und kräftig dasteht, sind ein feststehender Beweis dafür, daß er Euch der Reaktion und Bourgeoisie gegenüber niemals als geschlossene Masse aufkommen lassen will.

Auf der Barmen-Elberfelder Generalversammlung kam, dem der Beschwerdekommision sogar brieflich vorgelegten Verlangen des Präsidenten zuwider, die Angelegenheit des Hrn. v. Hoffstetten vor die Versammlung. Zu seiner Rechtfertigung gegen diesen Mann, dem er die Rolle eines Franz Moor gespielt, als dessen Geldquellen versiegt waren, sprach Hr. Schweizer auch folgende denkwürdige Worte: „Er könne keinen großen Gedanken denken, wenn er sich nicht alle Genüsse des Lebens verschaffe.“ Großer alleinseeligmachender Weisheitspächter, deshalbin Sie wohl auch in die Schürze der Gräfin gehüpft, um deren nie versiegende Geldquelle einiger Aderlässe unterziehen zu können, damit durch verschaffte Lebensgenüsse der heilige Geist auf Sie herabfahre?

Als im Jahr 1867 bei Gelegenheit der Braunschweiger Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Herr Schweizer, Perl und Tölke in „Schradler's Hotel“ logirten, erfachte sich Schweizer, der damals noch nicht Präsident war, als ich mit Hrn. Perl eine Cassenorganisation entwarf, und das Gespräch auf die eintretende Zersplitterung kam, die man doch verhüten müßte, folgende, für mich und Alle, die noch einen Funken von Vertrauen zu ihm hatten, ewig im Gedächtniß bleibende Worte zu sagen: „Wenn ich sehe, daß hier in Braunschweig mit den Delegirten wieder nichts anzufangen ist, dann reise ich mit Tölke noch diese Nacht ab und ein vier Spalten langer, schon fertiger Bericht erscheint morgen im „Sozial-Demokrat“. Das Blatt erscheint zum letzten Mal, und in acht Tagen ist der Verein vernichtet und aufgelöst.“ Dies der Grund, weshalb ich schon damals seiner Wahl zum Präsidenten entgegentrat und mein Amt als Cassirer niederlegte. Schweizer ließ mich ohne Antwort 8 Tage lang, und gab mir 14 Tage später in Berlin die flehentlichsten Bitten, nicht aus dem Verein auszutreten; hierfür ist Hr. Koller Zeuge; ich sagte ihm, daß ich in Dresden gewesen wäre, gegen Schweizer gesprochen, und auch in dem dortigen Verein als Vorstands-

mitglied fungire, mithin würde man mit Schimpfereien in den Zeitungen gegen mich kommen; Herr Schweiger erwiderte, daß er dafür sorgen wollte, er nähme die Sache auf sich, ich sollte mich doch als Mann schämen, einem Verein anzugehören, wo die Hagfeldt das Commando führte; hierbei bediente er sich der beliebten Titel gegen diese Dame, und heute, — was doch das liebe Geld nicht thut —, spricht er auf einmal die Gräfin heilig und erhebt dieselbe zur Schutzpatronin des Vereins. Ich schrieb damals an Försterling, ich könnte nach den in Dresden stattgefundenen Streitigkeiten mich nicht entschließen, in seinem Verein zu bleiben, er solle mich in der Liste ausstreichen; die Gräfin Hagfeldt hätte fünf Thaler Agitationsgeld bei mir deponirt zur Agitation in Thüringen, diese hätte ich derselben berechnet für die Reise nach Dresden.

Parteigenossen! Das ist mein Verbrechen gewesen, urtheilt selbst. Ich fordere aber den Herrn Schweiger auf, mir Diejenigen öffentlich mitzutheilen, welche mir Geld gegeben haben wollen, gegen die Sache der Arbeiter zu wühlen. Auge in Auge möchte ich diese Angelegenheit zum Austrag bringen. Bringen Sie alle Beweise gegen mich zur Stelle, ich bringe meine Beweise gegen Sie mit!

Jedem ehrlich denkenden Arbeiter muß die Schamröthe ins Gesicht treten, wenn er nun noch dem elenden schweizerisch-hagfeldt'schen Treiben zuschaut.

Für heute genug, und schließe ich mich mit Freuden den verschiedenen, leider nur zu sehr begründeten Protesten meiner früheren Vereinsbrüder an.

Winkel i. Rheingau i. Nassau, den 30. Juni 1869.

J. M. Hirsch.

(Fortsetzung im Hauptblatt.)

Anzeigen.

Alle sozialistischen Schriften

sind durch meine Vermittelung zu beziehen.

Leipzig, Windmühlenstr. 23 Hintergebäude. C. C. Seifert.

Deutscher Arbeiterbildungs-Verein in London.

Charles-Hotel, 71 Dean-Street, Soho Square. W. London.

„Die Zukunft“.

Demokratische Zeitung. Neubegründet von Dr. Johann Jacoby, redigirt von Dr. Guido Weiß,

erscheint auch im 3. Quartale cr. als Abendblatt im bisherigen Folioformate, zu dem ermäßigten Preise von 1 Thlr. 15 Sgr. oder 2 fl. 40 kr. rhein. vierteljährlich.

Das glückliche, in der Geschichte deutscher Zeitungen zum erstenmale erreichte Ergebnis, daß der Fortbestand eines Blattes durch die unmittelbare und außerordentliche Beihilfe seiner Leser und Parteifreunde ermöglicht wird, legt uns die stärkste Verpflichtung auf, diesem vorausgewährten Vertrauen durch alle Sorgfalt und Mannichfaltigkeit der Arbeit zu entsprechen.

Sei uns die Bitte „erlaubt, daß die Freunde der „Zukunft“ nun auch das so gut begonnene Werk ihrerseits fördern und für die Verbreitung in ihren Kreisen geneigtes Fürwort einlegen mögen! — Mit der Befestigung des Blattes in seinem Bestand wird reichere Ausstattung des Inhalts und Ermäßigung des Preises künftighin gleichen Schritt halten.

Inserate finden bei dem ausgedehnten Leserkreise unseres Blattes die weitestest Verbreitung und haben noch nie ihre Wirkung verfehlt, da der größte Theil der Abonnenten zu den gebildetsten und wohlhabendsten Ständen Deutschlands zählt. Die Insertionsgebühren beträgt für die viergespaltenen Petitzeile nur 1½ Sgr. Bei größeren und fortlaufenden Inseraten gewähren wir den größtmöglichen Rabatt. Berlin, im Juni 1869.

Die Expedition der „Zukunft“.

Jüdenstraße 28.

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht.
(Redaktion: Braustr. 11.)

Der Vorbote.

Organ der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

Redigirt von Joh. Ph. Becker.

Erscheint in Genf. — Monatlich 1 Nummer. — Preis halbjährlich 10 Groschen.

(Es ist Pflicht aller Arbeitervereine dieses Parteiorgan zu halten.)

Die Red. d. Demofr. Wochenbl.)

Das Felleisen.

Organ der deutschen Arbeiterbildungsvereine in der Schweiz, redigirt von Amand Goegg und Dr. Aug. Cadendorff, hat trotz seines kurzen Bestehens schon größere Verbreitung erlangt und sich durch seine volksthümliche Sprache, durch seine unumwundene Besürwörung der demokratischen Republik als der einzig möglichen, praktischen Staatsform für Herstellung der deutschen Einheit und Freiheit und durch seine, ohne alle Systemreiterei eingehende Beleuchtung der sozialen Fragen allgemeine Anerkennung erworben. Wir müssen dieses Blatt um so mehr empfehlen, als es keine Privatspeculation ist und als patriotische Unternehmung von den deutschen Arbeitervereinen in der Schweiz zur Verbreitung richtiger Prinzipien herausgegeben und beinahe zum Kostenpreis verabsolgt wird.

Das „Felleisen“ erscheint wöchentlich in Genf und kann auf dasselbe bei allen deutschen Postämtern zu dem halbjährlichen Preis von 1 fl. 38 Kr. oder 28 Sgr. (Postporto inbegriffen) abonniert werden.

Der

„Frankfurter Beobachter“

(Demokratisches Organ)

ist das billigste politische Blatt Frankfurts. Neben einer täglichen politischen Uebersicht, Leitartikeln, Originaltelegrammen und Correspondenzen widmet derselbe den **Vörten- und Handelsfachen** eingehende Aufmerksamkeit, bringt das tägliche **Coursblatt** und in der täglichen Feuilleton-Beilage „**Siefta**“ anziehende Romane, Novellen und Aufsätze.

Abonnements für das 3. Quartal 1869 à 1 fl. 49 kr. (in Preußen) und à 1 fl. 53 kr. (in den nichtpreussischen Staaten) nehmen alle Postanstalten entgegen.

20.

Jahrgang. „Mainzer Anzeiger“, 7000 Auflage.

unstreitig das billigste aller Tagesblätter.

Preis vierteljährlich: Abgeholt 54 kr., ins Haus gebracht 1 fl. 6 kr. per Post 1 fl. 9 kr.

Der „Mainzer Anzeiger“, eine wahrhafte Volkszeitung, erscheint täglich mit den nöthigen Beilagen, Montags ausgenommen, und bietet seinen Lesern eine umfassende politische Uebersicht, Leitartikel von speziell heftigen und allgemeinem Interesse, interessante Lokal-Notizen, Handels- und landwirthschaftliche Nachrichten, sowie ein sorgfältig redigirtes Feuilleton, belehrenden und unterhaltenden Inhalts, gedrungene Erörterungen über Kunst und Literatur, Berichte über Oper, Schauspiele, Concerte u. s. w. Im lokalen Theil des Blattes wird den Interessen der Stadt Mainz, sowie deren nächster Umgebung ein besonderes Augenmerk zugewendet. Auf politischem, sozialem wie religiösem Gebiete bleibt, wie seither, die Tendenz eine entschieden freisinnige, fußend auf der Vergangenheit des Blattes, welche mehr als jede Anpreisung für den Werth desselben spricht, faßt man nur einfach den großen Leserkreis ins Auge.

Als wirksames Anzeigebblatt ist der „Mainzer Anzeiger“ besonders zu empfehlen. Inserate werden billigt berechnet. Entgegennahme derselben bei allen Inseraten-Bureaus des In- und Auslandes. In Mainz bei der Expedition.

Die Expedition.

In demselben Verlage erscheint auch die

„Deutsche Weinzeitung“,

Zeitschrift für Weinkunde, Weinbau, Weinhandel und damit Verwandten, in einer Auflage von 2500 Exemplaren. Preis vierteljährlich 45 kr., Inserate 4 kr. per Petitzeile. Bestellungen nehmen alle Postämter, Buchhandlungen u. entgegen.

Leipzig.

Druck und Verlag: J. T. Hielt.
Expedition: Petersstraße 18.